

UNTER DEM BANNER DES LENINISMUS

Relative Stabilisierung des Kapitalismus, jawohl, aber wahrhaftig kein Stillstand des weltgeschichtlichen Prozesses. Im Gegenteil, die gegenwärtige Etappe zeichnet sich durch einen besonderen Schwung in der Bewegung der geschichtlichen Triebkräfte aus.

Die großen politischen Antagonismen, die sich auf der Grundlage der ökonomischen Widersprüche des Imperialismus weiter entwickeln, durchkreuzen einander zum Teil, gleichzeitig aber untergraben und zersetzen sie ständig die Grundlagen der kapitalistischen Stabilisierung. Es wächst die Spannung zwischen den einander gegenüberstehenden Kräften. In einem Lande nach dem anderen zeigen sich an der politischen Oberfläche rasche, nervöse Wendungen der Situationen, währenddem in den Tiefen eine gewaltige Gärung heranreift.

In dieser komplizierten Lage gilt es für die kommunistischen Parteien, sich bei jeder Wendung der Situation rasch in dem veränderten Milieu zu orientieren und schlagfertig auf die Ereignisse zu reagieren. Es gilt zu handeln nach der grundlegenden revolutionären Weisung von Marx: „Die Dinge nehmen, wie sie sind, das heißt: das revolutionäre Interesse in einer den veränderten Umständen entsprechenden Weise geltend machen.“

Das ist die schwierige Aufgabe, die zu lösen wir immer besser erlernen müssen. Ungeheuer schwierig ist das, aber nicht unmöglich.

Das stellt in der Praxis an die kommunistischen Parteien und jeden einzelnen Kommunisten, vor allem an die führenden Parteiorgane und die aktiven Kaders der Parteiarbeiter, von Jahr zu Jahr höhere Ansprüche in Beziehung auf ihre revolutionäre, marxistische Schulung, die wir als leninistische Schulung oder Bolschewisierung bezeichnen, denn der Marxismus der Epoche des Imperialismus kann nur der Leninismus sein.

Diese Schulung wird erworben erstens durch praktische Erfahrung in der Parteiarbeit und Beteiligung am revolutionären Klassenkampf, zweitens durch geistiges Eindringen in das Arsenal der revolutionären proletarischen Politik, in die Theorie und Taktik, die Methoden und Erfahrungen des Leninismus. Daß diese zweite Aufgabe in der Schulung unserer Reihen durch die Notwendigkeiten der fieberhaften praktischen Parteiarbeit gewissermaßen in den Hintergrund geschoben worden ist, wird mit Recht von unseren Genossen allgemein beklagt. Infolge dieser Notwendigkeiten droht ständig eine gewisse Gefahr der Verflachung des leninistischen Gedankens, die Gefahr der Schematisierung der Taktik, der Verknöcherung der Losungen, der mechanischen Uebertragung der Methoden. Diese Gefahr ist ständig im Auge zu behalten, man muß ihr ständig durch frische geistige Schulung vorbeugen. Denn nie ist die leninistische Politik ein steriles Dogma, nie eine tote Schablone, sie ist immer frisch wie das Leben selbst. Und jeder von uns muß es lernen, politische Fragen in leninistischer Weise — wenn schon nicht immer zu lösen — so wenigstens zu stellen, die Lösung auf der leninistischen Linie zu suchen, um nicht politisch ver-

ständnislos dazustehen, wo es gilt, in wichtigen konkreten Situationen im Sinne Lenins die Rolle der Partei und der kommunistischen Führung zu bestimmen und allen Versuchen einer Ablenkung von der richtigen Linie mit vollem Bewußtsein entgegenzuarbeiten.

Indem wir somit aufs ernste die Aufmerksamkeit unserer Parteien auf die Notwendigkeit der allseitigen leninistischen Schulung der Parteimitglieder richten, wollen wir besonders die Bedeutung der kommunistischen P r e s s e in dieser Hinsicht hervorheben. Es muß alles aufgeboten werden, um das Niveau unserer Parteipresse im allgemeinen und insbesondere das der kommunistischen Zeitschriften zu heben und ihnen die Rolle wirklich richtungweisender Organe der Parteileitungen zu verleihen. Wenn uns das in einer nahen Zukunft gelingt, kann der Wert dieser Besserung für die leninistische Schulung unserer Parteikaders nicht hoch genug geschätzt werden.

Das gilt auch, ja sogar in erster Reihe, von der Zeitschrift der Exekutive der Komintern.

Die Internationalisierung der aktuellen wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung aller Länder ist seit der großen Oktoberrevolution in Rußland von Jahr zu Jahr immer weiter fortgeschritten. Ein Streik der englischen Grubenarbeiter ist in diesem Jahre etwas ganz anderes als zuvor, er ist heute ein Weltereignis. Aktuelle Fragen der chinesischen Arbeiterbewegung berühren jetzt die Lebensinteressen des Proletariats in ganz Europa. Und der Kampf der Parteileitung der KP der Sowjetunion gegen die von der „neuen Opposition“ vertretenen kleinbürgerlichen Abweichungen ruft überall unmittelbar in den Reihen der Arbeiterbewegung anderer Länder ein lebhaftes interessiertes Parteiengreifen für oder gegen hervor, wie wenn es sich um die schärfsten Streitfragen der Arbeiterbewegung des eigenen Landes handelte. Das sind Beispiele der enormen internationalen Tragweite, die den Fragen der Arbeiterbewegung einzelner Länder gegenwärtig zukommt.

Diese Tatsache verlangt auch von der Leitung der Komintern ein viel rascheres Reagieren auf die aktuellen Hauptfragen der verschiedenen Länder als bisher. Wir hoffen, daß auch unsere Zeitschrift, indem sie von jetzt ab, dem Beschluß des Präsidiums des EKKI entsprechend, allwöchentlich erscheinen wird, zu einer rascheren Beleuchtung der internationalen Fragen des proletarischen Klassenkampfes im leninistischen Sinne beitragen wird.

Unsere Zeitschrift ist gleichzeitig mit der Kommunistischen Internationale geboren worden. Unter der Leitung von Lenin hat sie ihre Laufbahn begonnen, unter dem Banner des Leninismus soll sie sich zu einem wirklichen Z e n t r a l o r g a n d e r K o m i n t e r n entwickeln. Das kann auch im besten Falle nicht von heute auf morgen erfolgen. Es ist aber das hohe Ziel, das wir uns setzen, und zwar in dem klaren Bewußtsein, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die kommunistischen Parteien aller Länder die regelmäßige Mitarbeit ihrer besten Kräfte an der „Kommunistischen Internationale“ sicherstellen.

Wir laden also die Parteigenossen aus allen kommunistischen Parteien ein, durch rege Mitarbeit an der Weiterentwicklung des Organs der Exekutive mitzuwirken.

Wir heben aber gleichzeitig hervor, daß unsere Zeitschrift kein neutraler Sammelplatz für alle möglichen Gruppen, Grüppchen und Strömungen, kein friedlicher Hafen für Freibeuter aus allen Richtungen sein wird, sondern mit aller Offenheit für eine klare Linie kämpfen will. Diese Linie kann von der Linie der Exekutive nicht abweichen, sie kann nur die Linie des unverfälschten Leninismus sein.

Leninismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution. Leninismus ist Kampf gegen den Kapitalismus, für die Diktatur des Proletariats. Leninismus ist Kampf gegen die Lüge der bürgerlichen Demokratie, gegen den Reformismus und Opportunismus, gegen die revolutionäre Phrase und das sektiererische Dogma; für die Einheit und Stärke der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale; für die Gewinnung der Massen, nicht durch Demagogie oder Schwanzpolitik, sondern durch die Hebung ihres Klassenbewußtseins und durch eine richtige Führung der Massenbewegungen; Leninismus ist Kampf gegen die revolutionäre Romantik und gegen den opportunistischen Unglauben an die Revolution und den Sozialismus. Und vor allem ist der Leninismus Kampf gegen die Prinzipienlosigkeit.

Dieser Kampf ist unsere Aufgabe.

Ein Kampforgan des Leninismus soll die „Kommunistische Internationale“ sein!

J. T. MURPHY: DIE KRISIS IN ENGLAND

Die Kohlenkrise bleibt auch weiterhin der Brennpunkt der allgemeinen Krise des englischen Kapitalismus. Die herrschende Klasse Englands kämpft einen Kampf, wie sie ihn nie zuvor, seit den Tagen des Chartismus, kämpfen mußte, und dabei wird sie in innere und äußere Schwierigkeiten hineingetrieben, die keine andere Wirkung haben können, als den Prozeß, der zu katastrophalen Entwicklungen führt, zu beschleunigen. Herr Churchill mag bei dem Mangel an Weitblick, der bei ihm aus dem Haß gegen die Arbeiterklasse stammt, öffentlich erklären, die Verluste aus dem Streik und aus der Aussperrung betragen nur den zehnten Teil dessen, was die Regierung erwartet habe. Er mag heute die Kosten auf 220 Millionen Pfund beziffern, eine Summe, die den Wert des Grundeigentums an den Gruben bei weitem übersteigt. Diese Summe ist in der Tat fast ebenso hoch wie die gesamten Kapitalanlagen in den Kohlengruben, und zehnmal größer als die Subsidien, die die Arbeitszeit, die Löhne und die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter auf dem Stand vom 30. April gehalten hatten. Aber der faktische Verlust an Geld ist, sogar wenn er richtig beziffert ist, doch nur ein besonderer Teil der Gesamtverluste. Zu diesen Ziffern muß man den Verlust hinzurechnen, der im Aufschwung liegt, den der Streik allen konkurrierenden Kohlenindustrien in Europa und Amerika gab. Der Bericht der Kohlen-

kommission stellte fest, daß die Hauptursache des Rückganges im britischen Kohlenexport in der Entwicklung in anderen Ländern liege, die auf die Selbstversorgung mit Brennmaterial abzielt. Ein einziges Land in Europa, der Hauptmarkt für englische Kohle, hat seine Aufträge während des letzten Jahres erhöht. Die internationale Zwickmühle, in der sich der englische Kapitalismus befindet, hat den Konkurrenten nicht nur auf dem Gebiete der Kohlenindustrie, sondern auch in allen anderen Abteilungen der Schwerindustrie Vorteile gebracht.

Was auch immer unmittelbar als „Abkommen“ mit den Bergarbeitern herauskommen mag, so viel steht doch außer Frage, daß vier oder fünf Monate Arbeitseinstellung einer Million Bergarbeiter der nationalen und lokalen Verwaltung gewaltige Kosten verursacht haben. Die Verwirrung anderer Industrien und das große Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das aus den offiziellen Berichten nicht immer hervorgeht, haben die allgemeine wirtschaftliche Krise verschärft. Wären dies die einzigen Kosten der Krise, so wäre damit unsere Schlußfolgerung bereits gerechtfertigt, und die englische Kapitalistenklasse würde schon vor einer nicht kleinen Aufgabe stehen, wenn sie ihre Verluste wieder einbringen will. Aber die Aufzählung der Verluste ist damit noch nicht erschöpft.

Gefesselt von einem Konservativismus der industriellen Methoden, von alten Produktionsformen und von gewaltigen Kapitalbelastungen, die notwendig sind zur Durchführung der nötigen Verbesserungen, um die englische Industrie auf gleicher Höhe mit den konkurrierenden Industrien zu bringen, hat sich die englische Bourgeoisie entschlossen, die Industrie unter der Kontrolle der Banken zu vertrauen und die zurückgebliebenen Teile der Industrie stillzulegen; sie geht darauf aus, eine Verringerung der Produktionskosten zu erzielen durch eine ökonomischere Organisation des Arbeitsprozesses, durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Lohnsenkung.

Der Widerstand der Arbeitermassen gegen diesen Feldzugsplan treibt die Regierung zu verzweifelten Maßnahmen. Die wirtschaftliche Krisis wurde zu einer politischen Krisis. Die „demokratische“ Regierung warf ihr ganzes demokratisches Gebaren beiseite und trat kriegsbereit an zum Klassenkampf, gerüstet zum Bürgerkrieg. Sie leitete in breiter Front die Offensive gegen die Arbeiterklasse ein und besiegte den Generalstreik mit Hilfe ihrer Agenten (Labour-Leutnants) in der Führung der Arbeiterpartei und im Generalrat. Dank deren Hilfe und nur dank deren Hilfe hatte die Regierung Erfolg. Sie sammelte die Mittelklassen und isolierte die Bergarbeiter. Und jetzt glaubt sie, es sei ihr gelungen, den Widerstand gegen ihre Absichten auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten die Regierung die Situation unterschätzt, weil sie hofft, dabei politische Vorteile zu erreichen, so verfällt sie bei ihrer Beurteilung der politischen Sachlage in das andere Extrem. Die Isolierung der Bergarbeiter bedeutete nicht das Ende ihres Widerstandes und das Ende der Bewegung der sozialen Kräfte. Indem die Regierung sofort das Achtstundengesetz für die Bergbauindustrie durchdrückte, wurde sie nicht nur mit einemmal zum Werkzeug der Grubenbesitzer, sondern sie begann auch mit einemmal die Unterstützung zu verlieren, die sie mit ihrem Schreckgespenst des Bürgerkrieges sich er-

gatterte hatte. Sie ließ das Gesetz in die Gesetzessammlung eintragen; seither sind aber drei Monate vergangen, ohne daß es in Kraft gesetzt werden konnte. Die Bergarbeiter sind noch immer draußen, und es ist die Regierung, die jetzt den Druck der Unpopularität zu spüren bekommt, nicht aber die Bergarbeiter. Es gelang ihr nicht, die Bergarbeiter wieder an die Arbeit zurückzutreiben, aber sie hat den Haß der Arbeiterklasse auf sich geladen, die Macht ihrer Konkurrenten verstärkt und eine stärkere Steuerbelastung unvermeidlich gemacht und die Mittelklasse dazu getrieben, ihre Unterstützung der Labour Party zu geben.

Die Schnelligkeit dieses Wechsels hebt reliefartig die kennzeichnenden Züge der englischen Arbeiterbewegung hervor, den Fortschritt der Massen im Klassenbewußtsein und in der Kampfbereitschaft, und ebenso kennzeichnet dies den Charakter der Führerschaft, die heute noch die Zügel der Gewerkschaften und der Labour Party in ihren Händen hält, Niemals in der Geschichte der englischen Arbeiterklasse wurde eine Führung so absolut und vollkommen als eine Mischung aus Handelskommissar und breihirnigen Sentimentalisten, die ihre revolutionären „Krücken“ nur als Exportartikel ansehen, entlarvt. Der streikbrecherische Generalrat hat die Sonderkonferenz verschoben, um damit den „Sieg“ zu begründen; er kneift vor einer Diskussion auf dem Gewerkschaftskongreß aus; er greift die Bergarbeiter an, weil sie sich weigern, Lohnkürzungen zuzustimmen; er sabotiert die Hilfe für die Bergarbeiter; er beschimpft die russischen Gewerkschaftsführer, indem er von „Einmischung in englische Angelegenheiten“ schwätzt, — ganz so, als wenn sie schon Mitglieder der gegenwärtigen Tory-Regierung unter der Führung Baldwins wären —, und er verweigert eine Diskussion über den einzig nützlichen Vorschlag, der gemacht wurde, um den Bergarbeitern zu helfen. Wenn der Generalstreik bewiesen hat, daß der Generalrat des Gewerkschaftskongresses aus bewußten Streikbrechern und Feiglingen besteht, die nicht zu kämpfen wagen, so haben die Konferenzen des Englisch-Russischen Komitees in Paris und Berlin die nämlichen Führer als Heuchler der allerschlimmsten Art gebrandmarkt. Nachdem sie „gründlich“ überlegt hatten, hielten sie einen freiwilligen Lohnbeitrag von 1 Prozent für undurchführbar. Indem sie auf die Art und Weise des Vorgehens die „gebührende Rücksicht“ nahmen, waren sie der Meinung, das Englisch-Russische Komitee sei nicht einmal kompetent zu einem Aufruf an die Gewerkschaften zwecks Abstopfung der Million Tonnen Streikbrecherkohle, die jede Woche nach England hineinrutschen. Inzwischen aber verkürzen die Unterstützungsbüros die Unterstützungen. Die Massen der Bergarbeiter sind nahezu am Verhungern, während der Gewerkschaftskongreß in Bournemouth tagt, einem bekannten Kurort der Kleinbourgeoisie.

Was die fortgeschrittenen Arbeiter über den Kongreß und seine Aufgaben denken, beweist der bemerkenswerte Kongreß der nationalen Minderheitsbewegung deutlich genug. Er erklärt, und gegen die Richtigkeit dieser Erklärung ist nichts einzuwenden, daß die Probe, auf die dieser Kongreß gestellt sei, in dem bestehe, was er für die Bergarbeiter tun und wie er den Lehren des Generalstreiks Rechnung tragen werde. Der Generalrat selber hat im voraus seine Absicht erklärt, jede Diskussion über den Generalstreik zu vermeiden. Es ist dies ein ganz schamloser Beschluß, und er gibt einen

Begriff von der Feigheit des Generalrats. Seit wann ist der Generalrat zwei Instanzen verantwortlich? Seit wann ist es ausgemacht, daß der Generalrat nach zwei Seiten hin Verpflichtungen hat? Zweien Mächten dient? Und nach zwei Seiten hin Beziehungen unterhält? Noch niemals und zu keiner Zeit bisher sahen wir eine solche Stellungnahme, nicht einmal beim allerunwichtigsten Ereignis in der Gewerkschaftspraxis, daß der leitende Ausschuß sich auf diese Art und Weise als zwei Autoritäten verantwortlich betrachtet. Der Gewerkschaftskongreß hat den Generalrat gewählt. Der Rat ist dem Gewerkschaftskongreß gegenüber verantwortlich für seine Handlungen in der Zeit zwischen zwei Kongressen.

Es ist seine elementare Pflicht, Bericht zu erstatten, warum er die Sonderkonferenz der Gewerkschaftsvorstände verschob und welches die Resultate dieser Politik und dieser Linie des Vorgehens sind. Alles andere ist eine glatte Verletzung der elementaren Rechte, die dem Kongreß zustehen. Eine Verweigerung der Berichterstattung ist eine Beleidigung und stellt die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände über den Gewerkschaftskongreß. Es ist Aufgabe des Kongresses, vor allen Dingen diese Angelegenheit ins Reine zu bringen. Tut der Kongreß dies nicht, so wird er zu einer Farce und ist nicht der Kongreß einer Arbeiterschaft, die im Kampfe steht.

Aber wird der Kongreß dies richtig erledigen? Werden die Führer der Bergarbeiter sich nicht die Einwilligung zu einer Diskussion im Hinterzimmer ablisten lassen? So, wie sie sich überlisten ließen mit der Verschiebung der Sonderkonferenz der Gewerkschaftsvorstände? Was sie immer tun werden, die Aufgabe der Revolutionäre auf diesem Kongreß ist klar — sie heißt: Entlarvung der Korruption dieser Führerschaft!

Punkt für Punkt müssen die Tatsachen und die Handlungen dieser Führerschaft während des Streiks und auf den Konferenzen des Anglo-Russischen Komitees in Paris und Berlin dargelegt werden; wenn es nicht möglich ist, diese Führerschaft zu sprengen, so muß sie wenigstens moralisch verurteilt werden; das Tempo in der Richtung einer Hilfeleistung für die Bergarbeiter muß auf der Linie des russischen Vorschlages auf der Pariser und Berliner Konferenz beschleunigt werden. Und wichtiger als all das: diese Maßnahmen müssen verbunden werden mit der alles überragenden Notwendigkeit, den Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Wahl einer Arbeiterregierung zu erzwingen. Es wäre ein Fehler, zuzugeben, daß der Kampf einzig und allein auf der Linie einer gewerkschaftlich-industriellen Auseinandersetzung weitergeht, ohne daß die politischen Faktoren der gegenwärtigen Lage dabei berücksichtigt werden. Der kürzlich abgehaltene Minderheitskongreß behauptet, dies sei schon festgelegt worden bei der Diskussion über den Ausnahmezustand, indem der Rücktritt der Regierung und allgemeine Neuwahlen zwecks Errichtung einer Arbeiterregierung, ferner Widerruf des Achtstundentages für die Bergarbeiter, Nationalisierung der Gruben ohne Entschädigung usw. und Arbeit für die Arbeitslosen verlangt wurde. Diese Linie des Vorgehens ist ohne Zweifel richtig, obwohl der Kongreß den Fehler beging, den Rücktritt der Labourmitglieder aus dem Parlament zwecks Konzentrierung der Kräfte auf der gewerkschaftlichen Linie des Kampfes zu fordern. In diesem Augenblick ist dies eine leere Geste und kann nur einer Geste sein, weil das Parlament geschlossen

ist. Würde das Parlament tagen, so wäre dies ein Fehler erster Ordnung. Die Arbeiter haben ihre Vertreter nicht gewählt, damit sie aus dem Parlament davonlaufen, sondern damit sie den Kampf der Arbeiterschaft auch dort führen. Sie haben sie nicht gewählt, damit sie der Regierung freie Hand lassen, sondern damit sie die Regierung im Interesse der Arbeiterschaft bekämpfen. Und gerade der Kampf für den Sturz der Regierung steht jetzt auf der Tagesordnung in direkter Fortsetzung und Verbindung mit einer Stärkung der Kräfte der Bergarbeiter zur Weiterführung des Kampfes außerhalb des Parlaments. Ebenso müssen die durch und durch opportunistischen Parlamentarier *entlarvt* werden nicht an Hand der Tatsache, daß sie sich weigern werden, aus dem Parlament auszutreten, sondern an Hand der Tatsache, daß sie systematisch es ablehnen werden, die Interessen der kämpfenden Arbeiter wirklich zu verteidigen. Es ist Aufgabe der Kommunistischen Partei und ihrer Delegierten auf dem Kongreß, die weitere Entwicklung auf diese Linie zu zwingen, zu ihrer Unterstützung die Gesamtheit aller sozialen Kräfte zu mobilisieren, die überhaupt zusammengerafft werden können, mit dem Ziel: Sturz der Regierung, allgemeine Neuwahlen und Wahl einer Arbeiterregierung. Die Regierung hat sich als unfähig erwiesen zur Lösung der Probleme des Landes. Sie weiß keine anderen Vorschläge zu machen außer den Vorschlägen der Grubenbesitzer. Sie wurde nur mit Hilfe eines groben Betrug es gewählt. Sie hat sogar die Unterstützung der Liberalen Partei verloren, deren Führer jetzt sogar Macdonald, den Führer der Labour-Party, an radikalen Phrasen und an Opposition gegen die Regierung überbieten. Die Nachwahlen erzählen ihre eigene Geschichte von der Stimmung des Volkes. Baldwin hat seinen romantischen Nimbus eines „Ehrenmannes“ verloren. Die Regierung ist unter die Fuchtel von Churchill geraten, sie ist diskreditiert und schon ebenso verabscheut, wie es nur die Koalitionsregierung 1921 und 1922 war; sie befindet sich in einer Sackgasse, aus der sie nicht selber herausfinden kann, ohne weitere Verfolgungen der Arbeiterschaft. Die Tagesforderung der englischen Arbeiterschaft ist darum klar und bestimmt: Nieder mit der Tory-Regierung! Allgemeine Neuwahlen! Her mit der Arbeiterregierung!

Wir wissen recht wohl, was alles sich mit der früheren Arbeiterregierung ereignet hat. Wir verlangten damals Beweise, die einfach, gradlinig und praktisch waren und die im Interesse der Arbeiterschaft lagen. Die Regierung, für die wir kämpfen, ist eine wirkliche Arbeiterregierung, und der Beweis, den wir von jeder Regierung, die sich Arbeiterregierung nennt, verlangen, auch wenn sie das Ergebnis allgemeiner Neuwahlen ist, ist ebenso einfach und gradlinig wie zuvor. Eine wirkliche Arbeiterregierung wird das Gesetz über den Achsudentag der Bergarbeiter widerrufen, die Gruben ohne Entschädigung der Eigentümer nationalisieren, die Kronsteuer des Grundeigentums an den Gruben konfiszieren, die Kontrolle der Grubenverwaltung in die Hände der Arbeiter legen und Arbeit für die Arbeitslosen schaffen. Das sind die Beweise, die wir verlangen. Aber, wir wiederholen, die Losung der Stunde, und zwar nicht von Moskau her, sondern aus dem Herzen der englischen Krise selber heraus, lautet: Nieder mit der Tory-Regierung! Allgemeine Neuwahlen! Her mit der Arbeiterregierung!

N. BUCHARIN

DAS NEUE PROGRAMM DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Die österreichische Sozialdemokratie veröffentlicht den Entwurf eines neuen Parteiprogramms, der auf dem nächsten Parteitag selbstverständlich zur Annahme gelangen wird. In der öffentlichen Einleitung, die von der „Arbeiter-Zeitung“ dem Programmwurf vorangeschickt wird, heißt es, daß „der ganze Gedankengang des Entwurfs marxistisch“ sei. Der große Denker, auf dessen Namen die Herren Bauer und Renner schwören, könnte wahrlich mit großem Recht sagen: „Ich habe Drachen gesäet, jedoch Flöhe geerntet.“ Die österreichischen sozialdemokratischen Flöhe sind aber ein Ungeziefer ganz besonderer Sorte. Sie sind den blutrünstigen Tieren von der Art der Noske, Wels u. Co. nicht ganz ähnlich. Sie sind viel gemäßigter, geleckter, vielleicht auch gescheiter. Sie tun ihre Sache — versehen ihren Dienst zu Nutz und Frommen der kapitalistischen Gesellschaft — viel raffinierter und gründlicher. Sie haben eine ausgezeichnete Schule des „Lavierens und Manövrierens“ gegen das Proletariat durchgemacht, und haben sich daher in größeren Mengen an dem Körper der Arbeiterklasse festgesogen als jede andere sozialdemokratische Partei. Trotzdem sind sie aber nichts weiter als Flöhe. . . Sie schwören auf den Marxismus — wir sagten es bereits. In Wirklichkeit aber ist der neue Programmwurf nur eine elende Kapitulation vor dem Reformismus reinsten Wassers. Die Verfasser des Programms werfen sich in die Brust: sie erklärten, einiges vom Bolschewismus gelernt (hört, hört!) und den „Geistesströmungen“ in den Reihen der englischen „Unabhängigen“ und der deutschen Jungsozialisten ihren Tribut gezahlt zu haben. In Wirklichkeit haben sie nur einige bolschewistische Sätze vulgarisiert und ihr Programm mit einem schwachsinnigen, heuchlerischen, moralisierenden Gefasel gespickt, das für jene philanthropisierenden alten Weiber charakteristisch ist, die im unschuldigen Rosenwasser der Theoretiker des englischen Opportunismus ihre geistige Tröstung finden.

Auf diese eklektische Suppenbrühe wollen wir in unserer Zeitschrift mit einigen Worten eingehen.

I. Der moderne Kapitalismus und die „internationale“ Einstellung des Programms

Man möchte glauben, es sei nicht so schwer, zu begreifen, daß die Lehren des Weltkrieges 1914—1918, die Fragen der kapitalistischen Krise der Nachkriegszeit, die Frage des Imperialismus usw. für jede Arbeiterpartei von außerordentlicher und entscheidender Bedeutung sind. Doch die Führer der österreichischen Sozialdemokratie — glückliche Leute! — lassen alle diese Fragen **l i n k s l i e g e n**. Sie begnügen sich buchstäblich mit ein, zwei Sätzen — und punktum! Wohl stellte vor dem Kriege selbst die österreichische Sozialdemokratie die Frage des Imperialismus in den Mittelpunkt

der Parteilarbeit. Wohl hat der Krieg mit erschreckender Klarheit gezeigt, was diese Fragen in Wirklichkeit bedeuten. Wohl hat der Friede von Versailles auch Oesterreich in die Knie gezwungen. Wohl windet sich die ganze Welt heute noch in der Qual der nachkriegszeitlichen Widersprüche — doch die Hohenpriester der österreichischen Sozialdemokratie bleiben taub und stumm.

Anstatt eine theoretische Analyse der Grundlinien der modernen kapitalistischen Entwicklung zu geben, haben sie es vorgezogen, ein paar nichtsagende Rezepte im Geiste eines „sozialisierten“ Pazifismus niederzuschreiben. Vom theoretischen Standpunkt ist es ein offener geistiger Bankrott und eine geradezu unerträgliche Feigheit des Denkens. Es ist bezeichnend, daß der neue Entwurf dem „Jungsozialismus“ und den englischen Opportunisten zu Gefallen, aufs sorgfältigste alle diejenigen Sätze alter sozialdemokratischer Programme ausgemerzt hat, die von der **g e s c h i c h t l i c h e n N o t w e n d i g k e i t** des Sozialismus handeln. Die Leute schwören auf den „wissenschaftlichen Sozialismus“, haben aber seinen Kern, den wissenschaftlichen Beweis seiner **N o t w e n d i g k e i t**, einfach vergessen. Vergeblich würden wir bei den „Oesterreichern“ nach einer Spur der kühnen Marxschen Theorie der Entwicklung der inneren Gegensätze des Kapitalismus, der Theorie der unvermeidlichen Verschärfung der Klassengegensätze, der Widersprüche zwischen der bereits erreichten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und der kapitalistischen Produktionshülle suchen. Vergebliche Liebesmüh' würde es auch sein, wollten wir in diesem Programm eine Antwort auf die Frage zu finden trachten, was eigentlich der Weltkrieg von diesem Standpunkt aus bedeutet hat. Ebenso wenig ist auch eine Antwort auf die weitere Frage nach den Schicksalen der kapitalistischen Weltwirtschaft zu finden. Von alledem ist im Programm nichts zu lesen.

Warum? Weil alle diese Fragen uns dicht vor die Alternative stellen: entweder reine, unverfälschte, marxistische, d. h. bolschewistische Stellungnahme, oder aber **o f f e n e** Ablehnung des Marxismus mit der Begründung, er sei „veraltet“. Die Aufgabe, die die Austro-Marxisten sich hier stellen, besteht aber gerade darin, ein feiges Manöver auszuführen. Ihre „Anschauungen“ sind im Entwurf folgendermaßen dargelegt:

„6. Die Kapitalistenklasse der hochkapitalistischen Staaten suchen die wirtschaftlich rückständigen Gebiete außerhalb des europäischen Kulturkreises als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalsanlagegebiete zu erobern. Der Wettbewerb um die Kolonialgebiete erzeugt immer neue Gegensätze zwischen den kapitalistischen Weltmächten. Das Eindringen des Kapitalismus in die außereuropäischen Kulturkreise wälzt ihre überlieferten Gesellschaftsordnungen um und ruft in ihnen **A b w e h r k ä m p f e** gegen die kapitalistische Fremdherrschaft hervor. Die Folge dieser Umwälzungen ist **s t ä n d i g e** Kriegsgcfahr. Zugleich wird mit der Entwicklung der Technik des kapitalistischen Großbetriebes auch die Kriegstechnik ständig umgewälzt. Die Entwicklung des Kapitalismus droht so durch immer furchtbarere Kriege die ganze Zivilisation zu zerstören.“

Das ist alles. Was verdient hier hervorgehoben zu werden?

1. Wird hier das Wort „Imperialismus“ überhaupt nicht ausgesprochen.
2. Sehen wir hier nur eine empirische Beschreibung von Tatsachen, ohne jede theoretische Erklärung.
3. Wird nichts über die **U n a u s b l e i b l i c h k e i t** von Kriegen unter dem kapitalistischen Regime gesagt, d. h. wir sehen einen **v ö l l i g e n V e r -**

z i c h t auf einen der leitenden marxistischen Gedanken, die selbst von der alten Sozialdemokratie verfochten wurden. Und wenn Herr Hilferding manchmal traurigen Mut zur Schau trägt; und gut unterrichtet, wie er über die ungeheuren Rüstungen, über Geheimverträge und heranreifende Konflikte ist, Thesen über die neue Form des Kapitalismus aufstellt, durch die wir angeblich genötigt werden, den Satz von der Unausbleiblichkeit der Kriege unter der kapitalistischen Ordnung als f a l s c h abzulehnen, so sagen die Programmverfasser weder „ja“ noch „nein“. Sie schweigen sich schmachvoll darüber aus und v e r z i c h t e n dadurch auf den Marxismus.

4. Es ist faktisch unrichtig, daß der Kampf nur um rückständige Gebiete geht (siehe die elsäß-lothringische Frage, die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich usw.).

5. Auf schändlichste und niederträchtigste Weise schiebt der Programm-entwurf die ganze Schuld den Kolonialvölkern in die Schuhe. In der Tat: was steht im zitierten Absatz? Der Kapitalismus „dringt“ in die Kolonien ein. Dort beginnen Aufstände, und die Folge davon ist die Gefahr „furchtbarer Kriege“. Eine glänzende Formulierung! Anstatt zu sagen, daß die Ursache in der imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten, die die Kolonien ausplündern und u n t e r e i n a n d e r um die Beute kämpfen, zu suchen ist; anstatt das Recht der unterdrückten Völker auf Rebellion anzuerkennen und sich zu verpflichten, nationale Revolutionen gegen die Imperialisten zu unterstützen (es ist bezeichnend, daß das Programm sich nicht entscheiden kann, diese Revolutionen beim richtigen Namen zu nennen) —, stellen die Führer der österreichischen Sozialdemokratie diese kolonialen Bewegungen als Hauptursache der Kriegsgefahr hin.

Das ist ein niederträchtiger Standpunkt. Es ist nichts anderes als eine Wiederholung der von den englischen Imperialisten und ihren Gesinnungs-genossen ausgestreuten Lügen und Verleumdungen, wenn z. B. die chinesische Revolution als die größte Gefahr für den Weltfrieden hingestellt, auf die USSR aber die Hauptschuld für die Verletzung jenes herrlichen „Friedens“ geschoben wird, zu dem imperialistische Politiker und Sozialdemokraten vom Schlage Vanderveldes in Versailles die Grundlage gelegt haben.

Endlich müssen wir darauf verweisen, daß in dem ganzen Programm-entwurf die Sowjetunion mit keiner Silbe erwähnt wird. Herr R a u e r, der doch zweifellos am Programm-entwurf nicht unschuldig ist, hat sich genötigt gesehen, in der „Arbeiter-Zeitung“ das Vorhandensein sozialistischer Elemente in unserer Wirtschaft und den entsprechenden Charakter unseres Staates anzuerkennen. Steht er noch immer auf diesem Standpunkt oder nicht? Darüber sollte im Programm zu lesen sein. Es gelüstet uns gar nicht nach Anerkennung seitens der Bauer und Genossen. Doch kann es nicht anders als als unerhörte Feigheit bezeichnet werden, wenn die Frage der Sowjetunion ganz einfach t o t g e s c h w i e g e n wird. Ehrlicher wäre es, darüber etwas Antikommunistisches zu sagen, als zu schweigen. Die ganze internationale Politik dreht sich in bedeutendem Maße um Sowjetrußland, die Priester des Austro-Marxismus gehen aber der ihnen unbequemen Frage einfach aus dem Wege.

So sieht ihre „theoretische“ A n a l y s e aus.

Die S c h l u ß f o l g e r u n g e n, die in der 6. Abteilung („Die Inter-

nationale“) des Programms enthalten sind, „entsprechen“ vollauf dieser Analyse.

Sie beschäftigen sich vor allem mit dem „Völkerbund“. Die Sozialdemokratie „bekämpft die Verfälschung des Völkerbundes zum Werkzeug der Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“.

Dies ist eine durch und durch opportunistische, antimarxistische und antirevolutionäre Art der Fragestellung. Das Programm heuchelt Naivität. Seine Verfasser wissen ausgezeichnet, daß der Völkerbund ein Staatskartell der siegreichen imperialistischen Mächte ist, das gegen die Kolonien, gegen die USSR und gegen die besiegten Staaten, die er zahm machen möchte, gerichtet ist. Sie wissen ausgezeichnet, daß es barer Unsinn ist, einen solchen „Völkerbund“ „verbessern“ zu wollen. Der Völkerbund ist kein keusches Mädchen, das gewaltsam ihrer Jungfräulichkeit beraubt worden ist. Das Wesen des Völkerbundes besteht darin, daß er ein kapitalistisches und imperialistisches Kartell ist. Er „wird“ nicht ein Instrument zur Verteidigung der kapitalistischen Ordnung, sondern er ist als solches entstanden, betätigt sich als solches und wird es auch in der Zukunft so halten. Das Programm aber verheimlicht es den Arbeitern, um sie über den Verrat der Herren Boncour, Thomas, Vandervelde u. a. „Mitarbeiter des Völkerbundes“ im Unklaren zu halten, die zugleich der Vereinigung, genannt die 2. Internationale, angehören, in der auch Herr Bauer seinen Sitz hat. Die Politik der „Verbesserung“ des Völkerbundes ist eine klägliche reformistische Utopie. Die „Heilige Allianz“ der europäischen Konterrevolution ist der Schauplatz sozialdemokratischer Manöver, insofern die Sozialdemokraten aufgehört haben, Sozialisten zu sein, und einige von ihnen es nicht einmal verdienen, einfache Demokraten genannt zu werden.

II. Der sogenannte „Ausbauer der Republik“ und der Ausbau des Kapitalismus

Wir haben bereits gesehen, daß das Programm in internationalen Fragen voll und ganz auf dem Boden der „bestehenden Ordnung“ steht. Unterstützung des Völkerbundes neben utopistischen Versuchen seiner „Verbesserung“, unter pazifistischer Flagge segelnde Proteste gegen den revolutionären Kampf in den Kolonien, gegen den revolutionären Kampf der erwachenden Hauptmasse des Menschengeschlechts, feiges Schweigen in der Frage der Sowjetunion usw. usw., — dies ist die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie. Ein ähnliches Bild sehen wir auch auf dem Gebiete der Innenpolitik. Hier wie dort ist das Vergessen des grundlegenden marxistischen Prinzips, des Prinzips des konsequenten Klassenkampfes, charakteristisch. Dort gibt es keine Analyse des Völkerbundes, keine Analyse der Staatsmacht der Sowjetunion, keine Analyse der Kolonialbewegungen vom Klassenstandpunkt aus. Hier fehlt die Hauptsache: die Klassenanalyse des heutigen österreichischen Staates. Anstatt die Arbeiter über den bürgerlichen Charakter dieser Republik aufzuklären, sie als eine Form der bürgerlichen Herrschaft zu entlarven, steht das Programm mit beiden Füßen auf dem Standpunkt der Bejahung dieser Republik, auf dem Standpunkt ihrer allseitigen Festigung. Für eine wahrhaft revolutionäre Partei sind die radikaldemokratischen Forderungen nichts an-

deres als ein Mittel der Zerrüttung des bürgerlichen Staatsapparates. Diese Forderungen sind der Keil, den die proletarische Partei in den Staatsapparat der Bourgeoisie treibt, um ihn, wenn die Verhältnisse günstig liegen, zu sprengen. Die österreichische Sozialdemokratie aber, der bereits vor dem Kriege der Spitzname „Kaiserlich Königliche Sozialdemokratie“ anhaftete, stellt diese Forderungen unter dem Gesichtswinkel einer „ernsten“, „hochwichtigen“, „staatlichen“ und „ehrwürdigen“ Aufgabe auf: der Aufgabe der Festigung, „Vervollkommnung“ usw. des heutigen österreichischen Staates. Da mußte auch die alte Losung: „Keinen Heller für Soldaten! Keinen Heller für Polizei! Keinen Heller für Gendarmen!“ — durch neue Losungen ersetzt werden.

Andere Zeiten, andere Lieder.

Was für ein „Lied“ singt das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratie?:

„Erhaltung eines Heeres, das stark genug ist, jede gegenrevolutionäre Erhebung niederzuwerfen. Sicherung des republikanischen Charakters des Heeres . . . In ähnlicher Weise ist der republikanische Charakter der Polizei und Gendarmerie zu sichern.“

Es lohnt sich, bei diesen „marxistischen“ Sätzen zu verweilen (wiewohl sich die Herrschaften eigentlich schämen sollten, das Wort „Marxismus“ in den Mund zu nehmen). Es ist unschwer zu verstehen, daß „ein starkes Heer“ im bürgerlichen Staate durchaus nicht zur Niederwerfung der Konterrevolution bestimmt ist. In einem Land, wie Oesterreich, das in hohem Maße von der Gnade und Ungnade der siegreichen Mächte abhängig ist, braucht der bürgerliche Staat, und sei er auch dreimal republikanisch, Polizei, Heer und Gendarmerie vor allen Dingen für die Unterdrückung der Arbeiterklasse. Dabei kann der republikanische (bürgerlich-republikanische) Charakter des Gendarmen, des Generals, des Schutzmannes sogar „gewahrt“ erscheinen. Die republikanischen Generale des heutigen Frankreich sind eifrig dabei, unter dem Banner „Liberté, Egalité, Fraternité“ auf Arbeiter zu schießen, in den Kolonien durch Artillerie ganze Städte dem Erdboden gleich zu machen, und auch die republikanischen Geheimpolitisten machen ihre „republikanische“ Sache ganz ausgezeichnet. Nicht zu vergessen die Vereinigten Staaten, wo selbst der elektrische Hinrichtungsstuhl, der gegen Revolutionäre in Anwendung kommt, mit den Rosen republikanischer Tugenden geschmückt ist. Die Herren Otto Bauer und Konsorten fordern gerührt zur „Erziehung“ der Gendarmen und Schutzleute im Geiste republikanischer Treue auf, ohne ein Wort über die Propaganda der proletarischen Klassenidee im Heere verlauten zu lassen. Der Marxismus, der die schlechte Gewohnheit hat, alle formalen Etiketten schonungslos herabzureißen, allen fetischistischen Unsinn zu vernichten, den Klasseninhalt jedes öffentlichen Instituts aufzudecken, verwandelt sich unter den flinken Händen der „austromarxistischen“ Propheten in eine rückgratlose, gallertartige Masse, bei deren Anblick es einen wahren Revolutionär übelt.

Baut eure „republikanische“ Polizei, eure „republikanische“ Gendarmerie, euer „republikanisches“ Heer aus! Unterstützt die heilige, die unschuldsvolle, die demokratische, die klassenlose Republik*.

Ist dies die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokraten ihrem wichtigsten Klassengegner, dem bürgerlichen Staat gegenüber, so darf es uns nicht Wunder nehmen, daß sie es mit wirtschaftspolitischen Fragen, mit der Frage ihres Verhaltens der bürgerlichen Wirtschaft gegenüber, auch nicht anders halten.

Ihr Ausgangspunkt ist auch hier höchst „konstruktiv“. Aus den Predigten, die Herr Macdonald (der den Marxismus, „veraltet“, wie er ist, längst „überwunden“ und „abgeschafft“ hat) allsonntäglich im Hause des Herrn hält, haben die österreichischen Sozialdemokraten diese „konstruktive“ Musik aus dem FF erlernt.

Schon der erste Satz aus dem Kapitel „Wirtschaftspolitik“ beginnt folgendermaßen:

„Die Sozialdemokratie fördert die Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit als Voraussetzung der Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Volksmassen.“

In einem proletarischen Staate wäre eine solche Formulierung durchaus am Platze. Doch die österreichischen Sozialdemokraten blicken so ehrfurchtsvoll zu ihrer bürgerlichen Republik und zu ihrer „bürgerlichen“ Wirtschaft empor, daß sie, ohne es selbst zu bemerken, Aufgaben übernehmen, um die sich eigentlich die Bourgeoisie zu kümmern hat.

Zwar gibt es unter den konkreten Forderungen auch eine ganze Reihe „richtiger“. Bedenkt aber, ihr lieben Herren! Deckt sich denn diese Formel nicht von A bis Z mit der „Rationalisierungs“-Tätigkeit der Bourgeoisie? Aber selbstverständlich! Und wenn die Literaten der deutschen Sozialdemokratie sich zu Lobsängern der kapitalistischen Rationalisierung durchgemausert haben, so sind sie eben davon ausgegangen, daß die Sozialdemokratie auch unter der Herrschaft des Kapitalismus zur „Erhöhung der Ergiebigkeit der Arbeit“ beitragen muß.

Wieder das gleiche Bild: die wirtschaftlichen Forderungen einer revolutionären Partei entspringen aus der im gegebenen Augenblick maximalen möglichen Verschärfung des Klassenkampfes. Der Ausgangspunkt der österreichischen Sozialdemokratie ist aber die Sorge um das kapitalistische „Ganze“.

Dadurch ist z. B. der Umstand erklärlich, daß statt des Kampfes gegen die lebensvertuernden Schutzzölle die hochwohlweisen Verfasser des Programms von einem „internationalen Abbau der Schutz(!)zollsysteme“ schreiben.

Im Lichte einer solchen Einstellung erhält die Losung der im Kapitel „Sozialpolitik“ aufgestellten „Wirtschaftsdemokratie“ einen ganz spezifischen Sinn, nämlich den eines kapitalistischen „konstitutionellen Betriebs“, wo die korrumpierten Arbeiterspitzen die Kapitalisten bei der Kräftigung ihres Unternehmens und des ganzen Systems der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterstützen.

Auch hier dieselbe Geschichte. Ist für eine revolutionäre Partei des Proletariats der Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte usw. ein Mittel des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Wirtschaft, so

* Es versteht sich, daß Augenblicke eines konzentrierten Kampfes gegen die monarchistische Gefahr nicht ausgeschlossen sind. Doch die damit zusammenhängenden praktischen Schritte sind ein Mittel zur weiteren Entwicklung des Klassenkampfes und haben nichts zu tun mit dem programmatischen Ausbau der bürgerlichen Republik.

treten die Magier und Fakire der österreichischen Sozialdemokratie in die Fußtapfen der Gompers und Green mit ihren „Arbeiterbanken“, in die Fußtapfen der englischen Reformisten, deren eigentliches Streben dahin geht, eine „Interessengemeinschaft“ zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen. Eine höchst ehrwürdige, „marxistische“ Aufgabe, die aber einem gründlichen und „durchdachten“ Verrat des Marxismus täuschend ähnlich sieht.

III. Machteroberung und Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus

Durch obiges ist die grundlegende „Einstellung“ des neuen Programms in der Frage der Machteroberung und des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus eigentlich bereits gegeben.

In der Tat. Wenn die „Republik“ bereits unter dem Kapitalismus ausgebaut, nicht aber ein auf ihre Sprengung gerichteter Kurs eingehalten werden soll, was hat hier die Revolution, was hat hier die Diktatur zu suchen?

Und wenn man unter kapitalistischen Verhältnissen die Unternehmer in jeglicher Weise in ihrer „sozialen“ Fürsorge um die „Ergiebigkeit der Arbeit“ unterstützen soll, wie kann man da diesen Leuten etwas Schlechtes antun und gar zerstörende Methoden anwenden?

In seinem Brief an Weidmeyer vom 5. März 1852 schrieb M a r x :

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf untereinander entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Oekonomen die ökonomische Anatomie der Klassen dargestellt. Was ich neu tat, war nachzuweisen: 1. daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungskämpfe der Produktion gebunden sei; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Uebergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“

Somit wies M a r x selbst darauf hin, daß die Lehre der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats die Grundlage des Marxismus ist. Herr Kautsky hat aber der Bourgeoisie zu Gefallen diese Grundlage in ein zufällig Marx entschlüpftes „W ö r t c h e n“ umgedeutet, und das gerade in einem Augenblick, als das Proletariat sich dicht vor das Problem der Machteroberung gestellt sah.

Was fängt damit das österreichische Programm an? Oh, es fädelt die ganze Sache fürchterlich schlau ein!

Das H a u p t m i t t e l sieht es darin, daß die Sozialdemokratische Partei „durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts die Staatsmacht erobert“.

„Damit erst“, — besinnt sich plötzlich das Programm — „verwandelt sich die demokratische Republik aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft der Bourgeoisie (so?! Wie ist es dann aber mit der Unterstützung der Gendarmerie, ihr guten Leute?! N.B.) in das Werkzeug der Befreiung des arbeitenden Volkes.“

Auf dem Wege zu diesem Ziel kann aber auch ein Gleichgewicht der Kräfte eintreten, — dann „teilt“ die Arbeiterklasse die Macht mit der Bourgeoisie (Koalition!).

Endlich stellt das Programm folgende Sätze auf:

„Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen . . . Sie wird die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten versuchen, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu überantworten drohen oder schon überantwortet haben wird. Würde durch einen solchen Versuch der Bourgeoisie die Demokratie gesprengt, so könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern und in der Zeit des Bürgerkrieges nur mit den Mitteln der Diktatur ausüben.“

Wir glauben, daß diese Zitate mit genügender Anschaulichkeit den ganzen Eklektizismus, die ganze Hilflosigkeit, die ganze opportunistische Konfusion und die ganzen Widersprüche aufzeigen, in die sich die Schöpfer des neuen Programms verstricken, wenn sie zwischen „Demokratie“ und proletarischer Diktatur „lavieren“.

Wenn die Bourgeoisie unvermeidlich zum Monarchismus und Faschismus kommen muß, so ist es widersinnig, an ihre republikanischen Tugenden zu glauben, sondern ihr Klassenstandpunkt muß rechtzeitig entlarvt und das Proletariat rechtzeitig für den Kampf um die Diktatur vorbereitet werden.

Wenn die Bourgeoisie ihre Machtstellung nicht freiwillig räumen wird, so ist es widersinnig, auf eine Koalition mit dieser Bourgeoisie abzu zielen.

Wenn die bürgerliche Demokratie ein Werkzeug der bürgerlichen Herrschaft ist, so ist es widersinnig, Gendarmerie, Heer und Polizei zu unterstützen.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Republik keine abstrakte „Idee“ der Republik, sondern eine konkrete Staatsmacht in den Händen einer konkreten Klasse.

Wenn die Bourgeoisie ihre Machtstellung nicht freiwillig räumt, so ist selbst die Erringung einer Parlamentsmehrheit keine Machteroberung, sondern nur eine Abstimmung, durch die eine Frage, in der nur die Macht ausschlaggebend ist, nicht entschieden werden kann.

Diese reale Macht muß rechtzeitig geschaffen werden, indem das Proletariat entsprechend organisiert, bewaffnet wird usw.

Davon, ja davon sagt das Programm nichts. Was es aber sagt, ist das genaue Gegenteil: Vertrauen zur bürgerlichen Republik, Notwendigkeit ihres Ausbaues, Notwendigkeit, Mittel für Militärausgaben zu bewilligen usw. In einem solchen Zusammenhang sind die Phrasen über Diktatur eben nichts anderes als Phrasen, die „Realpolitik“ wird aber zur einfachen Wiederholung jener verbrecherischen Politik, auf die gestützt Bauer an der Erdrosselung der Sowjets in Ungarn und am Verrat der Sowjets in Oesterreich ad majorem gloriam der bürgerlichen Demokratie mitgearbeitet hat. Die Phrasen über Diktatur sind um so mehr nichts als Phrasen, als die Herren Bauer sich über ihren Standpunkt zu den Sowjets, als einer Form der Diktatur, ausschweigen.

Dieser ganze Teil des Programms trägt das deutliche Merkmal juristischen Kretinismus.

Denselben Kretinismus finden wir auch im Wirtschaftsprogramm des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in Kapitel 5 dieses Dokuments. Der „Drehpunkt“ ist hier der Gedanke, daß die Sozialisierung der Wirtschaft und die erstmalige, vorbereitende „Enteignung der Enteigner“ in so idyllischer Weise verlaufen wird, daß der Produktionsprozeß auch

nicht einmal vorübergehend Schaden leiden wird. Der friedlichen „Machteroberung“ auf dem Wege der allgemeinen Abstimmung entspricht vollauf die glückliche Erlösung vom „Kommando des Kapitals“ auf dem Gebiete der Produktion. Dieses Idyll ist so glänzend, daß es sogar keiner besonderen Kritik bedarf. Im Pendant dazu läßt das Programm die Frage der Entschädigung offen, verspricht auch feierlich, daß es so barbarischer Dinge, wie Monopolisierung „der geistigen Produktionsmittel“ — Presse, Buch, Theater — gar nicht bedürfen wird. Kurz, das Gerede von der Diktatur ist plötzlich vergessen und alles hat ganz den Anschein „des freien Staates“ des Gothaer Programms, über den Engels im Briefe an Bebel (18.—28. März 1875) sich folgendermaßen äußerte:

„Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen.“

Reformismus und Opportunismus, völliger Verzicht auf den Marxismus — das ist es, was uns diese gemütlche, den Philister recht anheimelnde Theorie des „Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ bietet.

IV. Religion und Jugenderziehung

Einige Worte müssen wir einem so erhabenen Gegenstand, wie der Religion widmen. Darüber sagt das Programm:

„Sie (d. h. die Sozialdemokratie) betrachtet die Religion als Privatsache des Einzelnen. Die Sozialdemokratie bekämpft also nicht die Religion.“ (Unterstreichung vom Verfasser. N. B.)

Dies ist ebenfalls der Standpunkt eines Philisters, nicht einer proletarischen Partei. Bereits in einer seiner frühesten Arbeiten „Zur Kritik der Hegelschen Philosophie des Rechts“ schrieb Marx:

„Der Kampf (hört! hört! N. B.) gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.“ (Nachlaß I. Band, III. Auflage, Seite 384.)

„Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in eine Kritik der Erde, die Kritik der Religion — in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie — in die Kritik der Politik.“ (I. Band, Seite 385.)

„Sie (die Religion) ist das Opium des Volkes“, ebenda.

In dem höchst bemerkenswerten Aufsatz von Marx „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programms von Gotha“, Reichenberg 1920, S. 25—26, lesen wir über die Losung der „Gewissensfreiheit“:

„Gewissensfreiheit! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüte führen, so konnte es nur in dieser Form geschehen: jeder muß seine religiösen . . . (Bedürfnisse) verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt. Aber die Arbeiterpartei mußte dennoch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche „Gewissensfreiheit“ nichts ist, außer der Duldung aller möglichen Sorten religiöser Gewissensfreiheit (Unterstreichung von Marx) und daß vielmehr die Arbeiterpartei das Gewissen vom religiösen Spuck zu befreien strebt. Man beliebt aber das „bürgerliche Niveau“ nicht zu überschreiten.“

Fürwahr, die österreichische Sozialdemokratie überschreitet nicht gerne diese Grenzen. Sie zieht es vor, im „religiösen Spuk“ befangen zu sein und

stolz auf ihr Freidenkertum, über Marxismus zu reden. Was kümmert es sie, daß Marx dieses Scharwenzeln vor religiösen Vorurteilen mit Verachtung und Ironie gegeißelt hat. Was kümmert es sie, daß Marx für diese schwachköpfige kleinbürgerliche Rückgratlosigkeit, die eine der Erscheinungsformen des Opportunismus ist, die schärfsten Worte gefunden hat. Die Führer der österreichischen Sozialdemokratie kleiden sich in den Mantel einer weitgehenden Religionstoleranz und haben allen „geistigen Strömungen“ ihrer Partei die Tore so weit geöffnet, daß vom Marxismus nicht die leiseste Spur geblieben ist.

Daneben ist der „pazifistische“, „duldsame“ usw. Standpunkt des Programms in Erziehungsfragen hervorzuheben. Wir wollen uns nicht mit Details befassen. Was wird in den Vordergrund gerückt? „Republikanischer Geist“, „Völkerfrieden“, „Achtung des Rechts und der Würde anderer Völker“ usw. Das ist alles sehr schön und gut. Jedoch würden wir vergebens nach dem Klassenstandpunkt des Proletariats, nach der Predigt des Klassenkrieges, nach einer Erziehung zum Hasse gegen die unselige kapitalistische Ordnung, gegen Bourgeoisie, gegen Imperialismus suchen. Vom kriegerischen Marxismus, dem die österreichische Sozialdemokratie zwar immer fern gestanden hat, ist im erörterten Programm, dem Kern der Sache nach, nicht die geringste Spur geblieben. Alles schimmert in sanften Farben der salonmäßigen Toleranz und Humanität philanthropisierender Damen, alles prangt in mannigfachen Tugenden, deren Kranz von der Reinheit der Absichten solcher „Staatsmänner“ zeugt, wie die Herren Bauer, Renner u. a. „Austro-Marxisten“ es sind.

*

Wir nähern uns dem Ende unserer Ausführungen. Wir haben uns mit dem bereits früher angenommenen Agrarprogramm nicht beschäftigt. Auch sind wir auf einige ziemlich wichtige Charakterzüge des Programms nicht eingegangen: sein Kokettieren mit der Hegemonie des Proletariats, seine Stellungnahme gegenüber der Bauernschaft usw. Hier haben die Oesterreicher in der Tat etwas von den Bolschewiki „gelernt“. Doch alle diese Sätze stehen mitten unter wesentlich antirevolutionären Zusammenhängen. Wenn die Oesterreicher mit der Bauernschaft in Fühlung treten, so führen sie sie nicht in den Kampf gegen den Kapitalismus, sondern sie führen sie auf den Weg des Ausbaus des Kapitalismus. Ihr Ausgangspunkt ist derart, daß selbst eine Reihe richtiger Sätze auf die durch und durch reformistische Spule der allgemeinen politischen Einstellung gehaspelt sind. Daher ist das Kokettieren mit bolschewistischen Phrasen durchaus keine Offenbarung der Liebe zur Revolution, sondern ein Ausdruck antirevolutionärer Tücke. Die Oesterreicher sind genötigt, zu „manövrieren“, sie lassen ihre Aeuglein nach links spielen und sind eben deshalb besonders schädlich. Wenn auch auf ihrem ideologischen Firmenschild die Aufschrift: „Marxismus“ prangt, so lese man: „Reformismus, Opportunismus, Eklektizismus“. Geheiligt sei der Name dieser Dreifaltigkeit in den sozialdemokratischen Himmeln!

SPEKTATOR: „RATIONALISIERUNG“ UND KARTELLIERUNG

Als die bedeutendste Erscheinung der modernen Weltwirtschaft muß das Bestreben des Kapitalismus zur „Rationalisierung“ und Kartellierung der Industrie bezeichnet werden. Der Produktionsapparat ist aus dem Kriege in einem Zustand hervorgegangen, der den Bedürfnissen der Friedenszeit in keiner Weise entspricht, was insbesondere eine Folge jener Veränderungen ist, die sich in der Struktur der Weltwirtschaft während der Kriegs- und Nachkriegsjahre vollzogen haben. Im Zusammenhang mit dem Krieg hat der europäische Kapitalismus eine gewaltige Anzahl schwerindustrieller Betriebe errichtet, die gegenwärtig, trotzdem die Ausgaben zu Rüstungszwecken immer weiter ungeheure Summen verschlingen, nur in unbedeutendem Grade ausgenützt werden können. Um die Belastung dieser Betriebe erhöhen zu können, muß ein verzweifelter Kampf um Absatzmärkte geführt, müssen die Preise herabgesetzt werden, was vom Standpunkte der Unternehmer zweifellos unvorteilhaft ist.

Die Lage auf dem Eisenmarkt wird durch folgende Zahlen charakterisiert:

E i n f u h r					
Pro Monat durch- schn. in 1000 t	England	Ver. Staaten	Frankreich	Belgien und Luxemburg	Deutschland
1913	185,9	21,1	14,1	72,9	25,0
1924	202,4	41,6	57,1	46,8	155,0
1925	226,7	70,2	14,1	44,5	98,4
1926 (1. Quart.)	708,7	254,8	39,5	145,3	186,7

A u s f u h r					
Pro Monat durch- schn. in 1000 t	England	Ver. Staaten	Frankreich	Belgien und Luxemburg	Deutschland
1913	414,1	242,3	51,6	129,2	517,3
1924	321,1	142,6	231,1	282,2	128,0
1925	310,9	140,4	321,7	261,9	267,6
1926 (1. Quart.)	1 082,7	477,7	1 053,9	695,2	1 101,1

Die Einfuhr der wichtigsten Länder überstieg im Jahre 1925 die des Jahres 1913 (453,6 tausend Tonnen pro Monat gegen 419 tausend Tonnen), während die Ausfuhr unter dem Niveau von 1913 steht (1302,5 tausend Tonnen gegen 1354,6 tausend Tonnen pro Monat). Die Gußeisenproduktion hat das Vorkriegsniveau bereits erreicht, die Stahlproduktion hat sie sogar bedeutend überschritten (87 Millionen Doppel-Tonnen gegen 76 Mill.), die Produktionsfähigkeit ist noch bedeutender gestiegen.

Die Gußeisenausschmelzung betrug in den bedeutendsten Ländern laut der Statistik der „Neuen Freien Presse“ (vom 17. August) in der ersten Hälfte 1926 33,9 Mill. Tonnen gegen 31,8 Mill. Tonnen der zweiten Hälfte 1925. Die Ausschmelzung des laufenden Jahres steht nur um 16 Millionen Tonnen hinter derjenigen des Jahres 1913 zurück, d. h. sie hat das Vorkriegsniveau fast erreicht, in der Hauptsache dank der erhöhten Ausschmelzung der Ver. Staaten (14 Prozent Zunahme im Vergleich zur zweiten

Hälfte 1925 und 20 Prozent im Vergleich zur Vorkriegszeit). In England und Deutschland aber ist die Ausschmelzung zurückgegangen, obwohl sie in Deutschland in den letzten Monaten wiederum zu steigen beginnt. So ist die Beteiligung Nordamerikas am Weltertrag der Ausschmelzung wiederum von 55,61 Prozent auf 59,48 Prozent, an der Welt-Stahlproduktion von 59,79 Prozent auf 62,82 Prozent gestiegen.

Solange die Nachfrage nach Eisenfabrikaten auf dem Innenmarkt noch groß war, solange die durch den Krieg gerissenen Lücken des Produktionsapparates noch auszufüllen waren, machte sich dieses Mißverhältnis zwischen Produktion und Weltmarkt noch wenig bemerkbar. Heute aber ist die Frage des Weltmarktes besonders akut geworden, und die natürliche Folge davon ist das Bestreben zur Kartellierung und zur Koordinierung des Absatzes im internationalen Maßstabe. Die Preise der Eisenfabrikate stehen nämlich auf verhältnismäßig niedrigem Niveau. So ist der Preis der Eisenbarren in England im April 1926 nur um 6 Prozent höher als in der Vorkriegszeit; in Frankreich stand er (in Goldwährung) noch im Juni bedeutend unter dem Vorkriegspreis, während der allgemeine Preisindex im Juni folgender war: England — 146 Prozent, Frankreich — 110 Prozent, Deutschland — 125 Prozent. Schon diese Gegenüberstellung des allgemeinen Preisindex und der Preise der Eisenfabrikate ist ein Beweis für die schwere Lage der Eisenindustrie. Gleichzeitig aber wird durch die Tatsache, daß Frankreich viel billiger verkauft (um 40 Mark im Vergleich zu Deutschland und um 56,16 Mark im Vergleich zu England), die Befürchtung der deutschen Industriellen, die französische Industrie würde ein „Valutadumping“, d. h. einen „Ausverkauf“ veranstalten, vollauf gerechtfertigt. Dies ist die Grundlage der Zusammenschlußtendenzen, die in den letzten Jahren zutage getreten sind.

Ehe wir aber zur Charakteristik der neuen internationalen Unternehmervereinigungen übergehen, wollen wir uns kurz mit den Versuchen der „Rationalisierung“ der Produktion beschäftigen. Wir können an dieser Stelle diesen Prozeß nicht vom technischen Standpunkt aus analysieren oder ausführlich auf dessen Folgen eingehen. Wir wollen uns mit dem Hinweis begnügen, daß der Kern dieser „Rationalisierung“ — zumindest in Deutschland — auf beschleunigten Kapitalumsatz und auf Erhöhung der Arbeitsintensität hinausläuft; seltener wird auch eine Reorganisierung der technischen Seite der Produktion vorgenommen. Die Hauptaufmerksamkeit ist darauf gerichtet, Unterbrechungen des Arbeitsprozesses sowohl infolge unregelmäßiger Rohstoffversorgung als auch infolge Störungen des Produktionsprozesses selbst vorzubeugen, also den unterbrochenen Fortlauf der Produktion zu sichern. Man sucht jetzt zu erreichen, daß die einzelnen Phasen des Produktionsprozesses einander lückenlos folgen, den Lauf jenes berühmten fließenden Bandes mitmachen, das in Amerika die Arbeiter zu straffster Disziplin, zu angespanntester, rastloser Arbeit zwingt..

Es steht fest, daß die Unternehmer auf diese Weise eine bedeutende Hebung der Arbeitsproduktivität erzwungen haben (im Bergbau übertrifft sie bereits die der Vorkriegszeit); gleichzeitig jedoch verläuft die wirklich durchgreifende Umgestaltung der Produktionstechnik in ungleich langsamerem

Tempo. Es handelt sich in erster Linie nicht um eine technische, sondern um eine organisatorische Rekonstruktion. Daher haben die Arbeiter unter dieser Rationalisierung aufs schwerste zu leiden: die Zahl der beschäftigten Arbeiter geht zurück, die Arbeitslosigkeit nimmt rasch zu. Würde es sich in Wirklichkeit um eine breit angelegte Reorganisation und Erweiterung der Produktionsgrundlagen handeln, so würde, ungeachtet der steigenden Arbeitsproduktivität, auch die absolute Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte wachsen. Dies ist jedoch nicht der Fall, denn eine Erweiterung der Grundlage setzt auch eine erweiterte Produktion, einen erhöhten Absatz, neue aufnahmefähige Märkte voraus. Wo sie aber hernehmen? Man kann nicht die Produktionstechnik heben, wenn man nicht dabei die Absicht hat, die Produktion zu erhöhen, denn sonst würde sich die neue kostspielige Technik nicht rentieren. Die Industrie erstickt aber bereits im engen Rahmen der heutigen Marktverhältnisse. Sie ist nicht imstande, die ihr heute schon zur Verfügung stehenden Produktionskräfte voll auszunutzen. Dies ist der Grund, warum die gegenwärtige Rationalisierung sich in der Hauptsache auf organisatorische Momente beschränkt, die die Produktionsausgaben herabsetzen, in erster Linie jedoch den Umsatz des Kapitals beschleunigen und dadurch die Lage der Industrie, die dieses Umsatzkapitals bedarf, erleichtern.

Die letzten Jahre waren reich an Entstehung neuer, sich über ganze Zweige der Volkswirtschaft erstreckender Vereinigungen monopolistischer Natur. Nachdem die „vertikalen“ Konzerne, von der Art des Stinnes-Konzerns, in die Luft geflogen waren, schossen üppig verschiedenartigste horizontale Vereinigungen ins Kraut, deren wichtigste folgende sind: Farben- und Anilin-Trust mit einem Kapital von rund einer Milliarde Mark (eine in der Vorkriegszeit unerhörte Kapitalsumme einer privaten Aktiengesellschaft), der Kali-Trust, der diesen ganzen Industriezweig erfaßt, sowie der Eisen-Trust. Die Bedeutung dieser Trusts im Wirtschaftsleben des Landes ist gewaltig. Der aus dem Stinnes-Konzern, aus den Vereinigungen Thiessen, Phönix und Rheinstahl sowie Stumm und Rombach (im Saargebiet) entstandene Trust der Schwerindustrie erfaßt 21,59 Prozent der allgemeinen Absatzsumme des Kohlsyndikats, 39 Prozent des Syndikats der Eisen-gießereien-Industrie, 39 Prozent der Rohstahlproduktion, 53 Prozent der Produktion von Halbfabrikaten, 55,8 Prozent der Produktion von Baumaterialien, 50,2 Prozent der Rohrproduktion usw. Diese Zahlen stammen sämtlich aus offiziellen Angaben des Trusts, veröffentlicht in seinen amerikanischen Mitteilungen über die ausgegebene Anleihe. Andere Quellen legen aber Zeugnis ab von einem noch größeren Einfluß dieser Industrievereinigung.

Es ist klar, daß eine so gewaltige Vereinigung einen überaus großen Einfluß auf alle Wirtschaftszweige ausüben muß. Es ist nicht zu vergessen, daß diese Organisation über ein Kapital von 800 Millionen Mark, einen Grundbesitz von 121,7 Millionen Quadratmetern verfügt, daß endlich der Gesamtwert aller Fabrikanlagen, Maschinen usw. 1 Milliarde übersteigt... Und da stellt sich nun heraus, daß dieser kolossale Trust, in dessen Betrieben 160 000 Arbeiter und 60 000 Angestellte beschäftigt sind, bei weitem nicht imstande ist, seine Produktionskräfte voll auszunutzen. Hier der

Unterschied zwischen der Produktionsfähigkeit und der tatsächlichen Produktion:

	Kohle	Koks In Millionen	Gußeisen Tonnen	Stahl
Produktionsfähigkeit	37,2	9,0	9,2	7,76
Produktion 1925	22,9	6,8	4,8	4,92
Produktion in Prozenten	61,5	75,0	52,0	63,0

Wenn ein solches Riesenunternehmen nicht in der Lage ist, seine Produktionskräfte auszunutzen, so ist es klar, daß andere, kleinere Unternehmen in einer noch ungünstigeren Lage sind. Angesichts solcher Verhältnisse ist das Bestreben, den internationalen Markt zu regulieren, um dadurch den Absatz zu sichern und durch Verkauf zu hohen Preisen die hohen Produktionskosten zu decken, leicht begreiflich.

Daß es sich in der Hauptsache um ein Hinaufschrauben der Preise handelt, wird fast von der gesamten Presse anerkannt.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schreibt am 24. August:

„In den Kreisen der Eisenindustrie wird vom Abschluß des europäischen Eisenpaktes eine andauernde Beeinflussung der Preise erwartet.“

Viel offener äußert sich die „Frankfurter Zeitung“ vom 9. Mai. Sie verweist auf die Gegensätzlichkeit der Interessen der Produzenten unmittelbarer Konsumartikel und der Produzenten von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Erstere bekommen den Einfluß der Preiserhöhungen, die einen Rückgang der Nachfrage zur Folge haben, rasch zu fühlen, während die Produzenten der Rohstoffe und Halbfabrikate die Möglichkeit haben, diese hohen Preise im gewissen Grade auf jene Unternehmer abzuwälzen, die ihr Material weiter bearbeiten.

„ . . . Hier ist es vom Standpunkt kurzfristiger egoistischer Interessen der Eisenindustrie in der Tat vorteilhafter, die Preise nach Möglichkeit hinaufzuschrauben, ungeachtet der hieraus resultierenden Konsumeinschränkungen. Die Verluste hat die verarbeitende Industrie und die ganze Volkswirtschaft zu tragen.“

Unter Hinweis auf die ungeheure Bedeutung des Eisens in der modernen Wirtschaft behauptet die „Frankfurter Zeitung“, daß dies durchaus keine Hypothese ist, da alle Kartelle, sowohl nationale wie internationale, die gleiche Preispolitik treiben*. Dies ist um so wichtiger, als mit Rücksicht auf die kolossalen Kapitalien, die für die Gründung neuer Unternehmungen notwendig sind, das Kartell seitens der Outsiders fast keine Konkurrenz zu fürchten braucht. Doch läßt hier die Zeitung die Konkurrenz Englands und Amerikas, die dem Kartell nicht beigetreten sind, außer acht. Eine solche monopolistische Politik ist nur unter der Voraussetzung eines allgemeinen Weltkartells möglich.

Zwischen den Industriellen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens werden Verhandlungen zwecks Bildung internationaler Kartelle der Eisenindustrie gepflogen. Die österreichischen und tschechoslowakischen Industriellen, die in bestimmter Verbindung mit den deutschen Industriellen stehen, werden sich augenscheinlich an dieser Vereinigung beteiligen. England steht infolge

* In bezug auf die deutschen Eisenkartelle hat die „Frankfurter Zeitung“ am 13. März ausgerechnet, daß sie, dank dem Einfuhrzoll auf ausländische Eisenerzeugnisse allein 1925 107 Mill. Mark an Ueberprofit „verdient“ haben.

des Streiks notgedrungen abseits, Amerika aber will seine Bewegungsfreiheit wahren.

In der Eisenindustrie existieren bereits mehrere internationale Organisationen: das Kartell der Eisenbahnschienen-Produzenten, das bereits vor dem Kriege bestanden hat, ist nunmehr wieder hergestellt und erstreckt sich auch auf England und die Vereinigten Staaten, denen 44 Prozent der Ausfuhr zugesprochen sind, während Deutschland und Frankreich nur über 39 Prozent, Belgien und Luxemburg über 17 Prozent verfügen; ferner das Kartell der Rohrproduzenten, dem Deutschland, Frankreich, Polen, England, Belgien, Oesterreich und die Tschechoslowakei angeschlossen sind; sodann ein Kartell der Drahtproduzenten. Die neue Kartellbildung soll sich augenscheinlich auf die Hauptzweige der Eisenindustrie (Gußeisen und Stahl) erstrecken. Das Auftreten der einzelnen Länder auf dem freien Markt (denn jedem Teilnehmer wird freie Verfügung über seinen „vaterländischen“ Markt zugestanden, die Verteilung bezieht sich ausschließlich auf die übrigen Märkte) wird in folgenden Zahlen zum Ausdruck kommen: Deutschland — 43,22 Prozent, Frankreich und Luxemburg — 39,45 Prozent, Belgien — 11,6 Prozent und das Saargebiet — 5,73 Prozent („Manchester Guardian Commercial“ vom 19. August 1926).

Die einzelnen Punkte des Vertrages sind folgende: jeder Produzent leistet an die gemeinsame Kasse einen Beitrag gleich 1 Dollar pro Tonne des erzeugten Eisens; die Ueberschreitung der festgesetzten Norm hat eine Strafe von 4 Dollar zur Folge; für die Einstellung der Arbeit wird der Produzent mit 2 Dollar prämiert. Auf diese Weise beabsichtigt man eine große Macht zu schaffen, um nötigenfalls imstande zu sein, mit den außerhalb des Kartells stehenden Unternehmen zu konkurrieren, die weniger leistungsfähigen Betriebe einzelner Verbandsmitglieder auszukaufen und ein festgeschlossenes Syndikat zu bilden.

Bisher ist dieses Kartell noch nicht abgeschlossen, da die Belgier Protest erhoben haben. Trotzdem ist sein Abschluß höchstwahrscheinlich, da es für die durch die lange Reihe der Krisenjahre „ermüdeten“ Unternehmer eine „Atempause“ bedeutet. Doch wir bezweifeln seine lange Dauer und Lebensfähigkeit. Insbesondere bezweifeln wir, daß die deutschen Industriellen ihm treu bleiben werden, wenn einmal die Gefahr des französischen und belgischen Valutadumpings verschwunden ist. Auf Grund der Produktion 1920 bis 1925 fordern die deutschen Industriellen 46 Prozent des gesamten Stahlabsatzes. Andererseits betrug aber der deutsche Absatz auf dem Weltmarkt im Jahre 1925 weniger als 40 Prozent des Gesamtabsatzes dieser Länder, so daß beim Abschluß des Abkommens bereits der Umstand in Rechnung gezogen ist, daß der französische und belgische Absatz von der Inflation stimuliert wird. Wie dem auch sei, die „Frankfurter Zeitung“ vom 9. Mai hat zweifellos recht, wenn sie meint, es handle sich nur um eine „Atempause“ und um einen vorübergehenden Waffenstillstand im unausbleiblichen Kampfe um den prozentuellen Anteil der einzelnen Unternehmervverbände an der gemeinsamen Beute.

Viele sind geneigt, anschließend an diesen internationalen industriellen Zusammenschluß weitgehende Folgerungen politischer Natur zu ziehen, insbesondere mit Rücksicht auf das gleichzeitig zwischen Deutschland und

Frankreich abgeschlossene provisorische Abkommen über den Handelsvertrag. Natürlich wird es in politischer Beziehung auf dem Kontinent zu einer gewissen „Atempause“, einer Entspannung der Atmosphäre kommen. Wer aber da meint, die Kartellbildung führe zum Frieden zwischen Unternehmern und folglich auch zwischen Ländern, deren kapitalistische Interessen sie vertreten, der ist gründlich auf dem Holzwege: innerhalb des Kartells wogt der Kampf um Absatzmärkte, wenn auch in der versteckten Form eines Kampfes um den Anteil am Absatz, weiter. Hat dieser Kampf einen gewissen Grad der Intensität erreicht, so ist das Ende davon meist die Auflösung des Kartells und der Beginn eines neuen, offenen Kampfes. In dem von uns erörterten Falle, wenn so bedeutende Produzenten, wie England und die Vereinigten Staaten, vorläufig außerhalb des Kartells bleiben, wird die gegenwärtig im Entstehen begriffene Organisation auf schwankem Grunde stehen, da sie genötigt sein wird, zunächst einen scharfen Kampf gegen die Outsiders zu führen, wozu die Kraft vieler ihrer Teilnehmer nicht ausreicht.

Wenn die Konkurrenz seitens Amerikas eine bedeutende Preissteigerung auf europäischen und anderen Märkten unmöglich machen wird, so wird sich die Nutzlosigkeit des Kartells herausstellen, da er die Großbetriebe, die in der Lage sind, auch bei niedrigerer Preislage zu produzieren, an Händen und Füßen bindet. Daher sehen wir in der Bildung dieses Kartells nur eine vorübergehende „Stabilisierung“ der Situation auf dem Kontinent. Von einer dauernden Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich kann keine Rede sein, — zu lebendig sind noch die Gegensätze, die zum Weltkrieg geführt haben, auch heute noch sind hochbedeutende Kampfobjekte vorhanden: das Saargebiet, die Kolonien und die Reparationen.

Der Hinweis auf diese Tatsachen genügt, um zu begreifen, daß die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich durch kein privates Abkommen, sei es auch der stärksten Raubtiere, beseitigt werden kann. Glaubt man denn allen Ernstes, daß die deutschen Unternehmer für die Zukunft auf Kolonien verzichten werden? Selbstverständlich tun sie es nicht, und ebensowenig wahrscheinlich ist, daß Frankreich seine auf die politische Vorherrschaft auf dem Kontinent, auf die **E i n k r e i s u n g** Deutschlands abzielende Politik einstellen wird. Frankreich wird weder auf die Unterstützung Polens noch auf das Bündnis mit der Tschechoslowakei verzichten, es wird ein Bündnis zwischen Oesterreich und Deutschland verhindern wollen usw. Kurz, in den Kernfragen der modernen imperialistischen Politik gibt es und wird es zwischen ihnen noch lange keinen Frieden geben. . .

Zusammenfassend läßt sich mit vollem Recht behaupten, daß, obwohl der Kapitalismus von 1926 nicht mehr dasselbe Gesicht hat wie in den Jahren 1919/21, er es trotzdem noch nicht vermocht hat, sich in Gestalt einer **erweiterten Reproduktion des Grundkapitals** eine feste Grundlage aufzubauen, die allein eine einigermaßen stabile und feste Situation sichern kann. Produktionserweiterung, bessere Ausnutzung der Produktionskräfte, organisatorischer Ausbau usw. sind zweifellos als Erfolge des Nachkriegskapitalismus zu bezeichnen. Da sie sich aber alle auf der engbegrenzten Grundlage stark zurückgegangener Märkte aufbauen, haben sie eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse zur Folge und führen unvermeidlich zu Empörungsausbrüchen derselben, die die Kapitalisten-

klasse immer wieder in den eroberten sozialen Positionen zurückdrängen können.

Doch die Unterschätzung der Kräfte des Gegners ist ebenso schädlich, wie ihre Ueberschätzung. In den Reihen der Unternehmer wird lebhaft und energisch am Zusammenschluß und an der Konzentrierung der Kräfte im nationalen und internationalen Maßstab gearbeitet. Schon in der Vorkriegszeit wußte der Kapitalismus bereits von Kartellen und selbst von internationalen Unternehmerorganisationen; doch ihr Umfang war ein viel geringerer als heute, wo fast die ganze Produktion des Landes in ihrer Hand ist. Vor allem aber wußte der Vorkriegskapitalismus, jedenfalls in Europa, nichts von solchen gigantischen Unternehmerorganisationen, wie der Farben- und Anilin-Trust, der Bergbau-Trust usw. es sind. Im internationalen Maßstab gab es Unternehmerorganisationen einzelner Wirtschaftszweige, jedoch keine Unternehmerorganisationen der wichtigsten grundlegenden Produktionszweige, wie die Eisen- und Stahlindustrie es ist. Auch in diesem Falle schlägt die Quantität in die Qualität um. Der Kapitalismus hat seine Struktur geändert: er ist jetzt *monopolistisch par excellence*, er beginnt es auch im internationalen Maßstabe zu sein. Und es ist nur ganz natürlich, daß die Konsequenzen des monopolistischen Kapitalismus, auf die Lenin hingewiesen hat — schonungslose Ausbeutung der Arbeiter- und Bauernmassen —, nunmehr mit verzehnfachter Macht auftreten. Die Preiserhöhung, unter deren Losung sich die heutige „Rationalisierung“ und Kartellierung vollzieht, bedeutet eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiter- und Bauernmassen.

Gemäß dem dialektischen Gesetz der geschichtlichen Entwicklung wird aber diese erhöhte Ausbeutung der Arbeiter und Bauern zu einem energischeren, entschiedeneren Protest dieser durch die gemeinsamen Interessen des Kampfes gegen diese Kartelle zusammengeschweißten Massen führen. . .

Die nächste Folge dieser Situation muß eine Reorganisation der Gewerkschaften auf neuer Grundlage sein. An Stelle der zersplitterten Zunftorganisationen müssen *feste Industrieverbände* geschaffen werden, die die Arbeiter des ganzen Industriezweigs erfassen. Der Kampf gegen einen vereinigten Feind kann nur auf demselben Boden, auf dem er steht, und mit denselben Waffen, deren er sich bedient, geführt werden. Im Klassenkampf wie im Kriege muß man sich der Taktik und der Lage des Gegners anpassen: gegen die geschlossene Front der Unternehmer kann man nicht in kleinen Gruppen, zersplittert aufmarschieren. Einer sich über ganze Wirtschaftszweige erstreckenden Unternehmerorganisation muß eine ähnliche, auf industrieller Grundlage fußende Arbeiterorganisation entgegengestellt werden.

Das über Industrieverbände Gesagte gilt auch für internationale Verbände.

Nach dieser Richtung hin wird die Bildung solcher internationaler Unternehmerorganisationen, wie das Kartell der Eisenindustrie, eine gewaltige Rolle spielen, und der Entwicklung des internationalen Klassenbewußtseins außerordentlich förderlich sein. Selbst die rückständigsten Arbeiter werden angesichts der Tatsache, daß die Unternehmer aller Länder sich organisiert haben, gemeinsam die Produktion regulieren und leiten, Betriebe hier schließen, um sie dort zu öffnen, einander im Kampfe gegen die Arbeiterschaft unterstützen usw., den Zusammenhang zwischen der Lage der Arbeiter der

einzelnen Länder besser begreifen lernen. Die Arbeiterklasse wird die Entstehung des Eisenkartells durch steigende internationale Solidarität und durch verschärften Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung beantworten.

KATAYAMA: DIE LAGE IN CHINA

Die Expedition Kantons gegen den Norden ist soweit erfolgreich durchgeführt worden, ob nun die Expeditionskräfte wirklich Wuchang und Hankau eingenommen haben oder nicht. Aber selbst wenn die Meldung über die Einnahme dieser zwei bedeutenden Städte durch die Kantonarmee nicht richtig ist, so beweist das noch nicht den entscheidenden Sieg über die Kantonarmee, denn die Armee muß auf die Sicherung ihres Hinterlandes und ihrer Flanken bedacht sein, um weitere Vorstöße machen zu können. Tscheng Tschung-min versucht von der Provinz Fukien aus Kanton anzugreifen, während Sun Tschung-fang seine Haltung feindseligen Abwartens beibehält. Der sichere Besitz der Provinz Hunan und die Festsetzung der Kantonarmee in Tschangscha wird sicher den allgemeinen Einfluß Kantons im Süden Chinas festigen. Und wenn nur die Expeditionskräfte des Generals Tschiang-Tschi-Schi keinen übereilten Vorstoß machen, ohne ihre Operationsbasis zu sichern, wenn sie vor allem Kanton und die Provinz Kwantung gegen die Angriffe Tscheng Tschung-mins schützen, so wird die Kantonarmee in der Lage sein, die vollen Früchte ihres Sieges einzuheimsen.

Obleich die Expedition Kantons gegen den Norden in der Kantonregierung oft besprochen wurde, ist sie indessen niemals Wirklichkeit geworden. Als Sun Yat-sen Präsident der Kantonregierung war, versuchte er 1922 eine Strafexpedition nach dem Norden, um seinen Hauptsitz in Kweilin, Kwangsi, einzurichten. Aber sein General Li Lie-tschun war gegen den Plan Sun Yat-sens und besetzte die letztgenannte Provinz. Der Plan der Expedition nach dem Norden scheiterte auch infolge des Umstandes, daß General Tscheng Tschuing-min, der Oberkommandierende der Armee Sun Yat-sens, ihn im Stiche ließ. In der Armee herrschte Unzufriedenheit; Tschang nahm die Stadt Kanton ein und Sun Yat-sen mußte fliehen. Ein anderer erfolgloser Versuch wurde von dem General Tan Yen-kai, dem ehemaligen Tutschun von Hunan und einem Untergebenen Suns, gemacht. Später machte Sun Yat-sen selbst einen weiteren Versuch, indem er sich in Ahaokuan festsetzte, dem nördlichen Ende des südlichen Sektors der Eisenbahn Kanton—Hankau im Norden von Kwantung, aber das war alles. Einige wenige Kanonenschüsse wurden abgefeuert; es gab einige Plänkeleien, aber die Strafexpedition war völlig erfolglos.

Diesmal ist die Zeit für die Expedition allem Anschein nach gut gewählt, denn die erste Nationalarmee blieb, trotz ihres Rückzuges, völlig intakt, was die Bewunderung sogar seitens ihrer Feinde erregte, und auch die zweite Nationalarmee, obgleich ebenfalls geschlagen, ist nach den Berichten äußerst

gut reorganisiert worden und in jedem Moment zum Angriffe bereit. Immerhin hat es sich sowohl für die erste als auch für die zweite Armee als unmöglich erwiesen, von ihrer Basis aus die Kantonexpedition gegen den Norden zu unterstützen.

Die Stellung Sun Tschuang-fangs sichert ihm im gegenwärtigen Moment die Beherrschung der Lage. Seine Absichten sind uns nicht bekannt. Sun, genau wie alle anderen Generale in China, mit Ausnahme der Führer der Kantoner Volksarmee, hat keinerlei Handlungsfreiheit. Er handelt nach den Weisungen seiner imperialistischen Geldgeber. Will man die Lage in China richtig beurteilen, so muß man unbedingt Klarheit haben über die Stärke und den Einfluß jeder einzelnen imperialistischen Macht in China. Dies hat sich klar gezeigt bei der Niederlage Tschang Tso-lins zur Zeit der Offensive Go-Sung-Lins gegen Mukden. Des Letztgenannten Sturz gab Tschang Tso-lin seine Macht und seinen Einfluß so schnell zurück, als ob ihm niemals etwas geschehen war. Der Sturz und die Niederlage Tschangs war dessen eigener Sturz, aber die so schnell und weitgehende Wiederherstellung seiner Macht war nicht sein eigenes Werk, sondern sie war nur möglich durch die weitestgehende Hilfe Japans.

China ist eine internationale kapitalistische Kolonie und ein Dumping-Platz für die Waren der kapitalistischen Länder. Um sich das Land als einen profitbringenden Kolonialmarkt zu sichern, kämpfen die imperialistischen Länder darum, China mit allen Mitteln im Zustande einer Halbkolonie zu halten. Durch die Einfuhr billiger Waren nach China hindern die industriell fortgeschrittenen Länder dieses, eine eigene Industrie zu entwickeln zur Befriedigung seines eigenen Warenbedarfs. Die jungen Industrien werden durch die machtvolle Konkurrenz vernichtet, und um sie endgültig zugrunde zu richten, binden die Imperialisten es durch die ungleichen Verträge und verweigern ihm die ökonomische Selbständigkeit. Außerdem zerstören die fremden kapitalistischen Mächte die alten heimischen Industrien. Die Handwerker verloren ihre Arbeitsmöglichkeiten und damit ihre Existenz. Die Bauern verloren ihr Land und verwandeln sich unter den unvermeidlichen Konsequenzen der industriellen Revolution in China gleichfalls in Arbeitslose und Besitzlose. Die Ergebnisse der industriellen Revolution, die die Invasion des fremden Kapitals zuwege bringt, sind allenthalben Elend und Arbeitslosigkeit; aber in China sind Armut und Elend schrecklicher als in irgendeinem anderen Lande, weil die industrielle Revolution in China nicht dasselbe ist, was sie in England oder selbst in Japan war. In beiden Ländern fanden die Arbeitslosen, die durch die neuen industriellen Methoden geschaffen wurden, Unterkommen in den neuen Maschinenindustrien. China aber wurde durch die ihm von den fremden kapitalistischen Mächten aufgezwungenen ungleichen Verträge der Fähigkeit beraubt, an die Stelle der überlebten Industrien neue aufzubauen. Die Exterritorialität und die Verweigerung seiner ökonomischen Unabhängigkeit liefern es hilflos dem Joche der fremden imperialistischen Unterdrücker aus. Dazu war es infolge seiner verringerten Einnahmen aus den Zöllen und der Salzsteuer, die ihm von den fremden Gläubigern geraubt wurden, gezwungen, unter dem Zwang der Invasion und solcher Drohungen, wie der Opiumkrieg und die Boxerrebellion, Anleihen aufzunehmen.

Dazu kommt, daß jede imperialistisch-kapitalistische Macht, in dem Bestreben, China auszubeuten, den einen oder den anderen General unterstützt, wobei sie sich von ihnen gegen Bezahlung reiche Konzessionen geben lassen und sie mit Geschützen und Munition versorgen. Diese Konkurrenz unter den fremden imperialistischen Mächten stürzt das Land in einen Zustand ständiger Bürgerkriege zwischen den verschiedenen Generalen und schafft gleichzeitig eine ständige Mobilisierung konterrevolutionärer Kräfte gegen den nationalrevolutionären Kampf des chinesischen Volkes, und als Ergebnis ein gleichfalls permanentes Chaos. All dies bringt den Handwerkern wachsenden Ruin und dem Bürgertum den Verlust seiner ökonomischen Unabhängigkeit. Die Zahl der arbeitslosen und verarmten Handwerker und Kleinbürger steigt fortgesetzt. Das direkte Resultat ist das enorme Anwachsen der Zahl der Söldner, Banditen, Prostituierten und Bettler. Die angesehensten Autoritäten in China schätzen die Zahl der Bettler auf 30 Millionen. Es ist die Regel, daß, wenn an irgendeinem Tore ein Schild angemacht wird mit der Anzeige, daß Arbeiter eingestellt werden, sich regelmäßig vier- bis fünfmal mehr anbieten, als benötigt werden. Eine Baumwollfabrik annoncierte kürzlich, daß sie Arbeiterinnen einstelle, worauf innerhalb zweier Stunden 2000 Mädchen sich einfanden, während nur 300 gebraucht wurden. Dies zeigt die Dimensionen der Arbeitslosigkeit.

Der Umstand, daß die entscheidenden Unternehmen in China sich in fremden Händen oder unter fremder Kontrolle befinden, ist die Ursache für die eigenartige Tatsache, daß jede Arbeitsstreitigkeit und jeder Streik zum nationalen Kampf gegen die ausländischen Ausbeuter und Unterdrücker wurde. Doch verfiel dieser Kampf keineswegs in beschränkten Nationalismus, weil die chinesischen Arbeiter und die armen Bauern und Kulis aller nationalistischen Gefühle bar sind. Das nichtnationalistische Fühlen und Denken der unteren chinesischen Massen hat sich infolge des Charakters der alten Regierung herausgebildet: diese alten chinesischen Regierungen haben, und das ist heute noch so, niemals irgendwie die unteren Massen beschützt. Für die chinesischen Behörden und Bürokraten sind die Arbeiter und armen Bauern bloßes Ausbeutungsobjekt und nichts weiter. Auch die Intelligenz beutet zusammen mit den Bürokraten die Arbeiter und Bauern aus. So nehmen diese die Gewohnheit an, auch die Intelligenz als Gegner zu betrachten. Es war nur ein Zufall, oder besser gesagt, der Einfluß des Zeitgeistes, daß die Arbeiter am 4. Mai 1919 auf die Straße gingen, um die „Wu-Sun-Pin-Don“ oder Anti-Friedensvertrags-Demonstration zu unterstützen. Der in Paris geschlossene Vertrag über Schangtung und Tsingtau gab diese Japan. Diese Unterstützung durch die Arbeiter brachte der Wu-Don-Bewegung den entscheidenden Sieg. Die Pekinger Studenten begannen den Kampf gegen die Japaner und auch gegen die chinesischen Diplomaten, die den Vertrag unterzeichnet hatten. Dieser Kampf nahm die Form einer Streikbewegung an, die einen Monat lang dauerte und die Unterstützung der Pekinger Kaufleute fand, die ihre Geschäfte eine Woche lang geschlossen hielten. Aber erst, als die Arbeiter in Aktion traten, um die Bewegung mit ihrem Streike zu unterstützen, errang die Bewegung einen vollständigen Sieg.

Nun hat das nichtnationalistische Denken der chinesischen Massen sich zu einer Art primitiven Kommunismus entwickelt, das sich selbst verwaltende

Gildensystem, das eine streng konservative Organisation aller Handwerker und aller Händler geworden ist. Unter den unteren Massen errangen ihre Organisationen in vielen Fällen große Stärke und Festigkeit, und alle Streitigkeiten wurden inmitten ihrer eigenen Reihen unter Anwendung selbst der Todesstrafe entschieden. In diesen geheimen Gesellschaften herrschte die allerstrafte Disziplin. Die chinesischen Gilden haben im ökonomischen Leben des Volkes stets eine große Rolle gespielt und spielen sie heute noch. Diese Gilden müssen sorgfältig und eingehend studiert werden, damit man die Eigenheiten des chinesischen ökonomischen und sozialen Lebens versteht, im besonderen das der Arbeiter und der Bauern. Man denke nur an die Solidarität und Geschlossenheit der Arbeiterverbände und im besonderen an die Solidarität und Stärke des Schanghaier Generalstreiks. Der bemerkenswerte Zug der Solidarität der Arbeiter in den Verbänden, die erst kürzlich geschaffen wurden, bleibt unverstänlich, wenn man keine Klarheit schafft über den Charakter und das frühere Leben der Arbeiter selbst. Wie bereits vermerkt, sind die chinesischen Arbeiter bis hinunter zu den Kulis an die Tätigkeit in geheimen Organisationen gewöhnt und durch die lange Übung und Gewohnheit zum widerspruchslosen Gehorsam ihrer Organisation gegenüber und zu einer straffen und strengen Disziplin erzogen. Dieser Charakter und das Fühlen und Denken des organisatorischen Lebens, an das sie sich in der Vergangenheit gewöhnt haben, befähigten sie, als die besten und fähigsten Verbandsmitglieder in den Zeiten von Streiks und Verfolgungen durch die Ausbeuter zu handeln. Sie haben in den alten Gildenorganisationen gelernt, daß sie sich den Anordnungen und der Disziplin der Organisation, der sie angehören, unbedingt unterwerfen müssen, selbst unter den größten Opfern. Und sie gehorchen, auch wenn sie ihr Leben daransetzen müssen. Sie sind in der illegalen Arbeit geübt und die Regierungsunterdrückungen und Verfolgungen schüchtern sie keineswegs ein. In ihrem Denken und Fühlen gibt es keine andere Autorität und keinen anderen Staat als ihre eigene Organisation, die für sie Nation und Regierung ist.

Es gibt einen Faktor, den wir nicht außer acht lassen dürfen, wenn wir das Leben und die Bedingungen in China verstehen wollen. Es ist dies die Dorf miliz und die Bürgerarmee-Organisation. Jedes Dorf ist in der Regel von einer Mauer umgeben, die Form des Dorfes ist eine lange Straße. An beiden Enden der Straße befindet sich ein eisernes Tor, das zur Verhinderung von Banditeneinfällen geschlossen werden kann. Das Dorf hat seine eigene Miliz, die mehr oder weniger gut bewaffnet ist. Die Hauptaufgabe der Miliz ist der Schutz des Dorfes vor den Gefahren eines Angriffes von Banditen. Auch die städtischen Kaufleute haben ihre eigene Miliz organisiert, deren Aufgabe es ist, die Stadt zu schützen. Um die im chinesischen Volke populären Ideen auszunützen, adoptierte Tscheng Tschung-min für seine Armee die von den reichen Kaufleuten und den englisch-amerikanischen Kapitalisten unterstützte Bürgerarmee. Aber die Stadtmiliz ist eine alte städtische Organisation zum Schutze gegen eindringende Banditen. Es gibt in China noch immer weite Gebiete, wo das moderne Leben noch nicht bekannt ist, wo die industrielle Revolution mit ihrem Einfluß noch nicht hingekommen ist. In diesen Gebieten ist das alte Gilden- und Miliz-System noch immer ein bedeutender Faktor im Leben des Volkes und es ist an

manchen Plätzen noch in voller Kraft, obgleich die hereindringenden fremden Waren mit dem sich entwickelnden Transportsystem und der Hervorbringung einer großen Zahl arbeitsloser Handwerker und Bauern in wachsendem Maße an seiner Zerstörung arbeiten. Viele von diesen verarmten Handwerkern und Bauern werden zu Banditen, Söldnern, Dieben und Vagabunden, zu Prostituierten und Bettlern, die eine ständige Bedrohung des friedliebenden Volkes in den Dörfern und Städten sind. Die zerstörenden Folgen der industriellen Revolution in China machen sich allenthalben bemerkbar. Die Unzufriedenheit unter den Massen wächst, und dieser Umstand erweckt sie zu neuem Leben.

So sind die chinesischen Massen, die in der Situation eines allgemeinen Chaos und allgemeiner Unruhe leben, faktisch reif für die revolutionäre Bewegung, ganz unabhängig von den unmittelbaren Ergebnissen der militaristischen und dem Ergebnis der Kantoner Expedition. Die chinesische revolutionäre Bewegung wird unter allen Umständen Fortschritte machen. Was heute für China in erster Linie nötig ist, das ist die Organisierung und Vereinigung der revolutionären Elemente und ihre Erziehung und Disziplinierung, um sie für die zukünftigen Bedürfnisse der Bewegung zu schulen. Die Arbeiterbewegung ist verhältnismäßig jung und zentral keineswegs gut organisiert. Die kommunistische Bewegung ist noch zu jung und unerfahren, als daß sie die erwachenden und zu organisierenden Massen völlig unter ihre Führung bringen könnte.

China wird unvermeidlich zum entscheidenden Zentrum des großen Konfliktes zwischen dem Kapitalismus und Kommunismus, der erstere repräsentiert durch die kapitalistischen, imperialistischen Länder und der zweite durch die USSR. Die militaristischen Generale werden mehr und mehr von den fremden Imperialisten benützt werden, um die revolutionäre Bewegung, mit Einschluß der Arbeiter- und Bauernbewegung, zu vernichten.

Um diese kombinierten Angriffe der Imperialisten und der einheimischen reaktionären Generale zurückzuschlagen, müssen wir die bereits bestehenden revolutionären Kräfte, die neuen sowohl als die alten, festigen und sie für die kommenden Kämpfe gegen die kapitalistischen Angriffe verwenden. Die Kämpfe zwischen den verschiedenen militaristischen Gruppen werden weiter vor sich gehen, bis die revolutionären Kräfte stark genug sein werden, um die reaktionären Generale zu vernichten und eine stabile revolutionäre Regierung aufzurichten, die sich stützen wird auf die gefestigte Kuomintang und die reorganisierten nationalen Armeen, die in Verbindung mit der Kantoner Roten Armee zu einer starken revolutionären Armee werden wird.

B. BOSCHKOWITSCH: DER 3. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI JUGOSLAWIENS

Ende Mai dieses Jahres hat der 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens stattgefunden.

Noch vor dem Parteitag gelangte die Resolution der letzten Erweiterten Exekutive der KI zur jugoslawischen Frage an die Bezirksorganisationen zur Versendung. In dieser Resolution wurde darauf verwiesen, daß „das grundlegende, die Partei zernessende und ihrer Entwicklung hinderliche Uebel — der Kampf der einzelnen Gruppierungen und das Sektierertum — noch nicht ausgeremert wurden. Die Wurzeln dieses Sektierertums, die sowohl der Partei als auch den Roten Gewerkschaften in gleicher Weise eigen sind, sind vor allem in dem Druck zu suchen, den die kleinbürgerlichen Elemente auf die Partei und die Roten Gewerkschaften ausüben, sowie in deren außerordentlich schmaler Klassenbasis. Es genügt der Hinweis, daß nur ein Viertel aller der KPJ angehörenden Arbeiter den Roten Gewerkschaften angeschlossen ist. Es genügt der Hinweis, daß die Mitglieder der Roten Gewerkschaften in ihrer überwiegenden Mehrheit auf die Kleinbetriebe und die kleinen Handwerksbetriebe entfallen. In diesen Verhältnissen wurzeln die individualistischen Anwandlungen, sie geben den Boden ab, auf dem sich die halbanarchistische ultralinke Phrase friedlich mit der reformistischen Praxis verträgt. Besonders bezeichnend für den Zustand des Sektierertums in der KPJ ist die Tatsache, daß innerhalb ein und derselben Opposition gleichzeitig sowohl rechte als auch ultralinke Abweichungen vorhanden sind und sich miteinander vertragen. Nicht minder charakteristisch für den Zustand des Sektierertums der Partei ist auch die Tatsache, daß die Vertreter sowohl der Mehrheit wie der „Opposition“ die Arbeit in den Gewerkschaften davon abhängig machten, ob die eine oder andere Gruppe siegt, daß sie aber keinesfalls als eine Arbeit auffaßten, die, unabhängig davon, allein der Herstellung der Verbindung mit den Massen dient.

Auf dem Bezirksparteitag haben sich beide Gruppen (die Mehrheit und die „Opposition“) einstimmig dahin ausgesprochen, daß der Parteitag im Zeichen des rücksichtslosesten Kampfes gegen das Sektierertum durchgeführt werden soll. Aus diesem Grunde war die Stimmung während des Parteitages eine sehr gute. Die Mehrheit der Delegierten war gesonnen, auf diesem Parteitag um jeden Preis restlos mit dem Fraktionskampf Schluß zu machen.

In der Aussprache über den Bericht des Zentralkomitees mußten sowohl die Vertreter der Mehrheit als auch der Opposition ihre Fehler zugeben und sich mit sämtlichen, in der Resolution der letzten Erweiterten Exekutive der KI zur jugoslawischen Frage enthaltenen Thesen einverstanden erklären. Dieser Umstand hat in sehr erheblichem Grade dazu beigetragen,

daß der Parteitag einstimmig folgende Resolution zum Bericht des Zentralkomitees annahm:

1. Obwohl die Resolution des EKKI zur jugoslawischen Frage (1925) durchaus Recht behalten hat und im großen und ganzen auch für die Zukunft in Kraft bleibt — hat die Partei dennoch nicht restlos jene Aufgaben erfüllt, die in dieser Resolution vorgesehen waren, sondern hat auf diesem Wege lediglich beträchtliche Fortschritte gemacht.

2. Die besonderen Schwierigkeiten, infolge deren die Partei ihre Krise noch nicht überwunden hat, bestehen darin, daß in ihren Reihen, unter dem Einfluß einer Reihe von Mißerfolgen der Partei (Parlamentswahlen, Kapitulation von Raditsch u. a.) Illusionen über die Festigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Jugoslawien entstanden sind. Das dadurch bedingte weitere Verbleiben der Partei in der Illegalität sowie die neuen brutalen Verfolgungen haben zu ernsthaften Depressionserscheinungen, zu Passivität und Verzweiflung geführt, denen sich auch einige Mitglieder der Parteileitung nicht zu entziehen vermochten . . .

3. Aus all diesen Gründen war die Partei außerstande, der neugeschaffenen Lage gegenüber eine konkrete Taktik einzuschlagen; es gelang ihr nicht, eine einheitliche und feste Führung zu schaffen, die Resolution des EKKI zu ihrem geistigen Eigentum zu machen und praktisch zu verwirklichen. Vielmehr entstand eine neue Krise und hemmte die Arbeit der zentralen Parteinstanzen.

4. Die frühere Opposition, die nach der Resolution des EKKI, zusammen mit der gesamten Partei, eine entschiedene Haltung gegen die Verräter (G. Milojkovitsch u. a.) einnahm, war in einigen prinzipiellen Fragen (wie z. B. in der nationalen und in der Bauernfrage sowie in bezug auf die Rolle der Partei in der Gewerkschaftsbewegung) von einer Rechtskrankheit befallen. Aber diese Fragen wurden wiederholt behandelt und die vom EKKI in all diesen Fragen festgelegte Linie wurde seitens der Genossen der früheren Opposition angenommen. Die Opposition, die die Schwächen der politischen und organisatorischen Tätigkeit der Partei übertrieb, unterstützte objektiv die Entstehung liquidatorischer Tendenzen in der Partei. Ebenso falsch handelte sie, als sie einzelne Fehler des Zentralkomitees zu Zwecken des Fraktionskampfes ausnützte.

5. Die frühere Mehrheit darf die früheren Abweichungen der Opposition nicht länger für den Kampf der Gruppen ausnutzen . . . Desgleichen verpflichten sich auch die Genossen der früheren Opposition, in allen konkreten Fällen und Fragen eine klare und offene Stellung zu beziehen und ihre früheren Fehler weder zu verbergen noch zu verschweigen. Angesichts dessen hat das EKKI durchaus richtig gehandelt, als es unserer Partei für die unmittelbar nächste Zeit die Aufgabe stellte, die fraktionellen Tendenzen und den Geist des Sektierertums auszumerzen, und als es die Weisung erteilte, unseren Parteitag im Zeichen des rücksichtslosen Kampfes gegen das unsere Partei mit Zersetzung bedrohende Sektierertum abzuhalten.

6. In Würdigung der vorstehenden Ausführungen erklärt der Parteitag, daß die Tätigkeit des Polbüros, ungeachtet des sektiererischen Geistes und der Ungenauigkeit in der Arbeit, einen Fortschritt in der Entwicklung unserer Partei bedeutet.

In der Diskussion zur Gewerkschaftsfrage verwiesen die Parteitagsdelegierten darauf, daß die Partei sowohl als auch die in den Gewerkschaften arbeitenden Genossen die grundlegenden Aufgaben zur ideologischen und organisatorischen Erfassung der Massen übersehen haben.

„Die einen ersetzen diese Aufgaben durch nackten Dilettantismus intellektueller Färbung und kamen über Gemeinplätze über die Notwendigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften nicht hinaus, die anderen ersetzen sie durch die Tendenz, sich von jeglicher Kontrolle der Partei über die Gewerkschaften frei zu machen und diese faktisch unabhängig zu gestalten.“

Der Fraktionskampf hat die Partei daran gehindert, bei der ganzen Kampagne zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit die Initiative in ihre Hände zu nehmen. Die Kampagne ging daher über in die Hände der Reformisten. Eine Kampagne, die einem tiefen Bedürfnis der unter dem brutalen weißen Terror stöhnenden und durch den Verrat der reformistischen Führer des-

organisierten Arbeiterklasse Jugoslawiens entsprach, wurde von unserer Partei in ihrer Eigenschaft als Mittel zur Eroberung der Massen nicht erkannt und unterlassen.

Aus diesem Grunde verweist der Parteitag in der Resolution zur Gewerkschaftsfrage auf die Notwendigkeit eines wirklichen und nicht nur formalen Kampfes um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

In der Diskussion über die Organisationsfrage haben die Parteitagsdelegierten darauf verwiesen, daß zwar der Einfluß der Partei in letzter Zeit etwas gestiegen ist, daß sie es aber trotzdem noch nicht verstanden hat, diesen Einfluß organisatorisch zu verankern. Das Zentralkomitee hat bisher den Fragen der Umstellung der Partei nicht genügende Aufmerksamkeit gewidmet. Darum wird in der Resolution zur Org.-Frage betont, daß die Frage der Organisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen zu den wichtigsten für die KPJ gehört.

Hinsichtlich der Bauernfrage konnte der Parteitag feststellen, daß die Partei in bezug auf die Bauernbewegung endlich den Weg des Leninismus beschritten hat. Die Vertreter der „Opposition“ haben sich von ihren Abweichungen und Schwankungen in der Bauernpolitik freigemacht. Damit hat die KPJ die wichtigsten Hindernisse auf dem Gebiete der Bauernbewegung, die sie vom Bolschewismus trennten, überwunden.

Die nationale Frage spielte gleichfalls eine wichtige Rolle auf dem Parteitag. Die Mehrheit der Delegierten hat durch ihre Beteiligung an der Diskussion über diese Frage gezeigt, daß die Partei politisch gewachsen ist. Kein einziger der Delegierten des Parteitages hat in der nationalen Frage Nihilismus an den Tag gelegt.

Eine der zentralen Fragen auf dem Parteitag war die Frage der Führung der Partei. Viele Delegierte traten an die Arbeit mit der Ueberzeugung heran, daß die Führerkrise im Zusammenhang mit dem Fraktionskampf und dem Sektierertum noch nicht überwunden ist. Gleichzeitig waren sich fast alle bewußt, daß es nicht so leicht ist, der Partei eine wirkliche bolschewistische Führung zu geben. Die Herausbildung einer bolschewistischen Führung ist ein ziemlich schmerzhafter Prozeß, der sich im Feuer des politischen Kampfes vollzieht. Der Parteitag stand vor der schwierigen Aufgabe, eine Führung zu wählen, die sich in großer Anzahl aus Arbeiterelementen, Gewerkschaftern, Vertretern der nichtserbischen Nationen, der jungen und alten Generation zusammensetzt, da nur eine solche Führung Autorität besitzen und das Vertrauen der Arbeitermassen genießen wird; abgesehen davon wird nur sie imstande sein, die Reste der früheren fraktionellen Kämpfe und des Sektierertums aus der Welt zu schaffen. Der Parteitag ist dieser Aufgabe gerecht geworden und hat fast einstimmig ein allen diesen Anforderungen entsprechendes Zentralkomitee gewählt.

Im Zusammenhang mit der starken industriellen und landwirtschaftlichen Krise in Jugoslawien sowie mit der beispiellosen Arbeitslosigkeit erhoben sich vor der Partei komplizierte taktische Aufgaben. Die Diskussion über die politische Lage hat gezeigt, daß die herrschende Krise sowie die Arbeitslosigkeit jenes entscheidende Glied der Kette sind, das es zu erfassen gilt, um es zu verbinden mit den drei Grundelementen der jugoslawischen Re-

volution: mit der Arbeiterfrage, mit der nationalen Frage und mit der Bauernfrage. Um aber mit diesen schwierigen Aufgaben fertig zu werden, bedarf es vor allem einer Führung, die die Kunst der elastischen Taktik beherrscht und mit einem revolutionär-leninistischen Seherblick ausgestattet ist.

Der 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens konnte — ungeachtet aller seitens der Partei in letzter Zeit begangenen Fehler und Abweichungen — feststellen, daß die KPJ gewachsen ist und einen gewaltigen Fortschritt in der Richtung zum Bolschewismus gemacht hat. Die beispiellos schwierige Lage, in der sich unsere Partei zur Zeit des 3. Parteitages befand, zwang die Mehrheit der Delegierten, den Parteitag im Zeichen des rücksichtslosen Kampfes gegen das Sektierertum und die fraktionellen Gruppierungen durchzuführen. Sämtliche Resolutionen gelangten darum — nach ausführlichen Debatten — einstimmig zur Annahme. Der 3. Parteitag der KPJ stellt somit eine wichtige Etappe auf dem Entwicklungswege der Partei dar; er hat den Kampf der Gruppierungen und des Sektierertums liquidiert. Man darf nunmehr hoffen, daß die KPJ in raschster Zeit zu einer wirklichen Massenpartei der Arbeiterklasse wird, deren Kraft die unterdrückten Nationen und die Bauernschaft voll vertrauen dürfen. Man darf erwarten, daß die KPJ durch die Gewerkschaften den engsten Kontakt mit den Arbeitermassen herstellen und zu einer innerlich fest geschlossenen, wirklich einheitlichen bolschewistischen Partei werden wird.

H. G.:

DIE TAGUNG DER II. INTERNATIONALE

Vom 26. bis 29. August tagten in Zürich Sitzungen der Exekutive der II. Internationale, die sich vor allem mit der Frage der Abrüstung und der Stellung zum Völkerbund befaßte. Hauptanregung dazu war der Fall Boncour in der französischen Sozialistischen Partei, die den Rücktritt Boncours als Vertreter der Regierung Poincaré im Völkerbund verlangte.

Bereits nach den Vorbesprechungen wurde erklärt, daß die Internationale nur zur prinzipiellen Frage der Stellung zu dem Völkerbund, aber nicht zu den persönlichen Vertretungen Stellung nehmen könnte.

Es besteht ein tiefer innerer Zusammenhang mit dem Versuch, Deutschland für den Völkerbund zu gewinnen. Die Internationale hat einen Beschluß gefaßt, der sich für den Völkerbund ausspricht, nachdem in der Diskussion Otto Bauer und Bracke als Vertreter Frankreichs gegen die Unterstützung des Völkerbundes gesprochen hatten. Hauptverteidiger des Völkerbundes waren neben den Holländern und Schweden die Belgier durch de Brouckère. Die Beschlußfassung wurde durch eine Propaganda für den Völkerbund vorbereitet. Karl Kautsky schreibt in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 16. August:

„So wie sich auch unsere Stellung dem Staate gegenüber gewandelt hat, in dem wir früher die stärkste Stütze der Bourgeoisie im Klassenkampf sahen, und den wir nun-

mehr bei gewachsener Macht des Proletariats in ein Mittel zu seiner Befreiung verwandeln wollen, so dürfen wir auch den Völkerbund nicht bloß nach dem beurteilen, was er heute ist und leistet, sondern nach dem, was wir aus ihm machen können, wenn die Sozialisten der Welt ihm ihr vollstes Interesse zuwenden und ein Programm für ihn entwerfen, an dessen Durchführung sie ihre ganze Kraft setzen.

Ueber eins müssen wir uns von vornherein klar sein, ohne Völkerbund geht es nicht mehr. Er bildet die einzige rationelle Methode, die internationalen Streitpunkte aus der Welt zu schaffen.“

Als Mittel zur Ausgestaltung des Völkerbundes empfiehlt er die direkte Wahl der Delegierten durch die verschiedenen Parlamente:

„Solange der Bund eine Vereinigung von Regierungen darstellt, wird eine wahrhaft internationale Gesinnung in ihm schwer aufkommen können . . .“

„Ganz anders, wenn im Weltparlament nicht die Regierungen vertreten sind, sondern die großen Parteien und Klassen. Damit wäre der Klassenkampf in den Völkerbund hineingetragen und die nationalen Gegensätze werden mehr nach sozialen als nach nationalen Gesichtspunkten fallen.

Am leichtesten werden sich die sozialistischen Vertreter im Völkerbund zusammenfinden. Bleiben ihre bürgerlichen Gegner gespalten, dann bekommt die vereinigte sozialistische Front dem uneinigen Gegner gegenüber eine größere Macht, als dem bloßen Zahlenverhältnis zwischen bürgerlichen und sozialistischen Stimmen entspräche.

Es ist indes zu erwarten, daß im Völkerbund die Vertreter eines gemeinsamen Besitzinteresses sich ebenfalls zusammenfinden und internationale kapitalistische und agrarische Gruppen dort auftreten werden, so wie wir das im internationalen Arbeitsamt schon sehen. So würde der Völkerbund der Boden für die höchste Form des Klassenkampfes.“

Daß sich aber die Sozialdemokraten über den imperialistischen Charakter des Völkerbundes klar sind, spricht Kautsky ebenfalls deutlich aus:

„Im Völkerbund werden natürlich die ökonomisch und politisch höchstentwickelten Nationen — Angelsachsen und das kontinentale Westeuropa — die Führung haben, wenn sie unter sich einig sind. Sie sind am nächsten dem Sozialismus, und sobald sie beginnen, ihn praktisch zu verwirklichen, muß der Völkerbund ein Mittel werden, die Verbreitung sozialistischer Praxis zu fördern.“

Zu dieser reizvollen Praxis gehört selbstverständlich auch der Patriotismus als notwendige Begleiterscheinung. Kautsky sagt darüber in diesem Artikel:

„Es ist nicht daran zu zweifeln, daß, wenn es wieder zu einem Kriege kommen sollte, der Teil, der als der angegriffene erscheint, wieder die große Mehrheit des Volkes, auch die Sozialisten, hinter sich haben würde. Keinerlei Form der Internationale wird das verhindern können.“

In ähnlicher Weise spricht sich das Organ der holländischen Sozialdemokraten „Het Volk“, der Berliner „Vorwärts“ und auch die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus, in der der Genfer Korrespondent dieses Blattes, der zweite Sekretär der II. Internationale, Sturmthal, für eine aktive Völkerbundspolitik eintritt. Diese Stellungnahme, die der sonstigen Linie der Völkerbundspolitik der österreichischen Sozialdemokraten widerspricht, ist offenbar von Fritz Adler inspiriert. Die Entscheidung der Exekutive der II. Internationale im Sinne der Haltung Kautskys, der auch die österreichischen und französischen Sozialisten zustimmten, bestätigt es.

Zur Abrüstungsfrage wurde eine Prüfungskommission eingesetzt, die nach langen Beratungen auf den Vorschlag des Holländers Albarda hin folgende Fragen ausarbeitete, auf die die Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterklasse gelenkt werden soll:

„1. Sollen sobald als möglich die auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Länder eingeladen werden, sich darüber zu äußern, welchen Abrüstungsmaßnahmen sie für ihren Teil zuzustimmen bereit sind?“

2. Falls es nicht gelingt, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu gelangen, sollen Anstrengungen gemacht werden, um gebietsweise Abrüstungsmaßnahmen herbeizuführen?

3. Auf welche Weise sollen die von einzelnen Ländern freiwillig durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen gefördert werden?

4. Soll eine internationale Kontrolle der Rüstungen und der Produktion zu Kriegszwecken eingerichtet werden und auf welche Weise kann diese Kontrolle wirksam gemacht werden?

5. Inwieweit haben die angeschlossenen Arbeiterparteien die Möglichkeit, in ihrem eigenen Lande das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen festzustellen und wirksam zu kontrollieren.“

Diese Fragen sollen nach der Absicht der II. Internationale die Abrüstung praktisch beschleunigen. Auch hier ist an eine enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Instanzen des Völkerbundes gedacht.

Die II. Internationale beschäftigte sich außerdem mit der Frage der Organisation der Frauen, einer Achtstundentags-Aktion, und einer Verbesserung des sog. Matteotti-Fonds zur Finanzierung der Sozialistischen Partei in „nichtdemokratischen“ Ländern, d. h. zur Finanzierung der menschwissenschaftlichen Auslandsdelegationen, soweit diese nicht direkt von der Bourgeoisie erhalten werden.

J. KRAWALL:
VERGESELLSCHAFTUNGSPROZESSE
IN DER WIRTSCHAFT DER
SOWJET-UNION

Kennzeichnend für die Uebergangsperiode, in der sich die Wirtschaft der USSR befindet, ist die allmähliche Ueberwindung der Widersprüche durch verschiedene Wirtschaftsformen, eine Ueberwindung, die sich auf der Linie zum Siege des Sozialismus bewegt. Die Staatswirtschaft des Proletariats ist für das gegenwärtige Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung die höchste Form des sozialistischen Vergesellschaftungsprozesses. Vergesellschaftet sind: a) 99 Prozent der Produktionsmittel innerhalb der Großindustrie, b) der gesamte Eisenbahntransport, c) der Außenhandel, d) das Bank- und Kredit-system, und e) 70 Prozent des gesamten H a n d e l s k a p i t a l s.

Die in der Volkswirtschaft sich abrollenden Vergesellschaftungsprozesse müssen hauptsächlich in der Stärkung des spezifischen Gewichts der Staats- und Genossenschaftswirtschaft im Vergleich zur Privatwirtschaft, vor allem zur privatkapitalistischen Wirtschaft, ihren Ausdruck finden.

Materielle Grundlage der Vergesellschaftung ist das Wachstum der Produktivkräfte des Landes; als bestes Anzeichen dafür dient die wachsende Produktion der Landwirtschaft und Industrie, die von 15 544 Millionen Rubel im Wirtschaftsjahr 1923/24 auf 21 390 Millionen im Wirtschaftsjahr 1924/25 und 27 715 Millionen im Jahre 1925/26 stieg. Folglich betrug der Zuwachs in zwei Jahren 79 Prozent; allein der für den Markt bestimmte Teil der Produktion nahm um 95 Prozent zu.

Dieses für kapitalistische Länder unerhörte Tempo der Produktionsentfaltung ist der beste Beweis für die ungeheure Ueberlegenheit unserer, d. h. der sozialistischen Methoden gegenüber den Kapitalisten.

Auf der Grundlage der anwachsenden Produktivkräfte des Landes erzielten wir während dieses Zeitabschnittes ein systematisch zunehmendes spezifisches Gewicht des vergesellschafteten Teiles der Volkswirtschaft im Vergleich zum privatwirtschaftlichen Teil. Auf der gegebenen Stufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung sind wir imstande, den allgemeinen Auslassungen der Opposition über die Schwäche der sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft und das unverhältnismäßige Wachstum ihrer kapitalistischen Elemente einen quantitativen Ausdruck des wechselseitigen Verhältnisses von Kapitalismus und Sozialismus in unserm Wirtschaftssystem entgegenzuhalten. Entscheidend für die Charakteristik der in unserer Wirtschaft sich abrollenden Prozesse ist zweifellos die Feststellung der R i c h - t u n g , in der das spezifische Gewicht der verschiedenen Wirtschaftssektoren sich nach Maßgabe der wachsenden Produktivkräfte verändert.

Die Dynamik der vergesellschafteten und nicht vergesellschafteten Formen wird durch folgende Daten über die erfaßte Industrie gekennzeichnet:

	1923 — 1924			1924 — 1925			1925 — 1926		
	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter (in Tausenden)	Gesamterzeugung (in Millionen Vorkriegsrubel)	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter (in Tausenden)	Gesamterzeugung (in Millionen Vorkriegsrubel)	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter (in Tausenden)	Gesamterzeugung (in Millionen Vorkriegsrubel)
In der gesamten Industrie . . .	9725	1472	2667	10021	1800,2	4060,3	10917	2422	5797
darunter in der staatlichen . .	6623	1390	2382,7	6593	1691,2	3739,5	6969	2253	5309
in dergenossenschaftlichen .	1237	42,6	107,7	1711	70,7	154,3	2043	104	247
in der privaten .	1865	39,4	136,6	1717	38,8	1665	1905	65	241

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß das spezifische Gewicht des staatlichen und genossenschaftlichen Anteils an der Wirtschaft — sowohl hinsichtlich der Gesamterzeugung als auch der Zunahme der beschäftigten Arbeiter — sich verstärkt hat, und zwar in einem Ausmaße, das die Zunahme der Privatindustrie bedeutend überflügelt, die ihr spezifisches Gewicht von 5,1 Prozent auf 4,2 Prozent herabsetzen mußte.

Berücksichtigt man die gesamte Industrie mit Einschluß des Handwerks und der Kleinindustrie, so ergibt sich auch in diesem Falle eine Steigerung des spezifischen Gewichts der staatlichen Industrie von 70,3 Prozent im Wirtschaftsjahr 1923/24 auf 77 Prozent im Jahre 1925/26, bei sinkendem spezifischem Gewicht der Privatindustrie von 27,7 Prozent im Jahre 1923/24 auf 18,1 Prozent im Jahre 1925/26.

Das gleiche Wachstum des spezifischen Gewichts des vergesellschafteten Anteils ergibt sich auch in dem Falle, wenn wir die gesamte Warenmenge berücksichtigen, die sowohl von der Industrie als auch von der Landwirtschaft erzeugt wird, wie aus folgenden Angaben ersichtlich ist:

Warenmenge Gesamtproduktion der Industrie und Landwirtschaft	Staatlich %	Genossenschaftlich %	Insgesamt vergesellschaft. %	Privat %	Insgesamt %
1923—24	39,4	3,4	42,8	57,2	100
1924—25	47,1	3,3	50,4	49,6	100
1925—26	49,3	3,8	53,1	46,9	100
1926—27	50,6	3,7	54,3	45,7	100
Darunter:					
a) Produktion der Industrie					
1923—24	63,9	6,1	70,0	30,0	100
1924—25	71,4	5,2	76,6	23,4	100
1925—26	73,0	5,7	78,7	21,3	100
1926—27	74,0	5,6	79,6	20,4	100
b) Produktion der Landwirtschaft					
1923—24	15,9	0,8	16,7	83,3	100
1924—25	14,9	0,8	15,7	84,3	100
1925—26	14,8	0,9	15,7	84,3	100
1926—27	14,7	0,9	15,6	84,4	100

Diese Tabelle zeigt, daß die im Besitze des proletarischen Staates befindlichen Produktivkräfte nicht nur wachsen, sondern schneller wachsen

als die privatkapitalistischen Produktivkräfte von Stadt und Dorf; soweit diese Tatsache durch die Erfahrungen der schwierigsten Restaurationszeit erhärtet ist, wird es klar, daß sogar eine gewisse Festigung privatkapitalistischer, von der Landwirtschaft erzeugter Tendenzen unter diesen Umständen keine Gefahr wirtschaftlicher Verwicklungen oder unerwarteter Stärkung des privatwirtschaftlichen Sektors in sich birgt.

Die Staatsindustrie spielt die entscheidende Rolle sowohl in der Erzeugung der Produktionsmittel (95,6 Prozent der gesamten Produktion) als auch in der Erzeugung der Konsumtionsmittel (86,8 Prozent), und das bei sinkendem spezifischen Gewicht der Privatindustrie in der Erzeugung von Konsumtionsmitteln (von 8,8 Prozent im Wirtschaftsjahr 1923/24 auf 6,4 Prozent im Jahre 1925/26) und bei einem 2,2 Prozent betragenden spezifischen Gewicht der Privatindustrie in der Erzeugung von Produktionsmitteln.

Die Zunahme des spezifischen Gewichts der staatlichen sozialistischen Industrie sowohl im Verhältnis zur Privatindustrie als auch im Vergleich zur Landwirtschaft gewährt die beste Sicherheit dafür, daß sie im Verlauf der weiteren Vergesellschaftung die führende Rolle spielen wird.

Wenn wir von der Produktion zur Warenzirkulation übergehen, dann sehen wir, daß die Vergesellschaftung auch auf diesem Gebiet bedeutende Fortschritte gemacht hat. Angesichts der allgemeinen Zunahme des Engros-handels um 2,2 mal in zwei Jahren sank das spezifische Gewicht des Privat-handels von 21,8 Prozent im Wirtschaftsjahr 1923/24 auf 9,4 Prozent im Jahre 1925/26, wobei der vergesellschaftete Handel (der staatliche und genossenschaftliche) von 78,2 Prozent im Jahre 1923/24 auf 90,6 Prozent im Jahre 1925/26 stieg.

Ein ähnliches Bild bietet der Einzelhandel, in dem das spezifische Gewicht des privatkapitalistischen Sektors in denselben zwei Jahren von 58,5 Prozent auf 38,8 Prozent fiel, während das spezifische Gewicht des staatlichen und genossenschaftlichen Handels von 41,4 Prozent auf 61,2 Prozent stieg; in der gesamten Warenzirkulation stieg jedoch das spezifische Gewicht des vergesellschafteten Sektors von 59,2 Prozent im Jahre 1923/24 auf 76,3 Prozent im Jahre 1925/26, was den besten Beweis dafür bietet, daß wir auch auf diesem Gebiet, das dem Proletariat am fremdesten war, bedeutende Erfolge erzielt haben, die den Einfluß des sozialistischen Anteils auf die Warenzirkulation des Landes stärken. Die größten Erfolge wurden bei der Festigung und Ausdehnung des genossenschaftlichen Handelsnetzes davongetragen, das sowohl im Großhandel als auch im Einzelvertrieb der ausschlaggebende Faktor zur Weiterleitung der Industrieerzeugnisse geworden ist.

Die absolute Zunahme des vergesellschafteten Anteils des Handels vollzog sich nicht auf Rechnung dessen, daß der absolute Umfang des Privat-handels eingeschränkt wurde, sondern dadurch, daß die allgemeine Warenzirkulation erweitert wurde und der Privathändler zu der neuen Handelssphäre keinen Zutritt erhielt. Alles das besagt, daß es heute bereits gelungen ist, dem relativen Vordringen des Privatkapitals auf das Gebiet des Handels Einhalt zu gebieten.

Auf diese Weise wird es offensichtlich, daß auf dem Gebiete des Handels ebenso wie auf dem der Produktion das spezifische Gewicht des Privatkapitals sich systematisch verringerte, und zwar zugunsten des zunehmenden spezifischen Gewichts des vergesellschafteten Teiles unserer Volkswirtschaft. Die Entwicklung der Privatwirtschaft bleibt sowohl im Umfang wie im Tempo hinter der Entwicklung der sozialisierten Wirtschaftsformen (sozialistische Industrie, Transport, staatlicher und genossenschaftlicher Handel) bedeutend zurück. Dagegen bietet die Nationalisierung der Produktionsmittel (Industrie, Transport), das Staatsmonopol des Außenhandels und die Konzentration des gesamten Kredit- und Bankwesens in den Händen des Staates die notwendige und ausreichende Gewähr dafür, daß die Vergesellschaftung durch immer zunehmende Einbeziehung der zersplitterten Bauernwirtschaften und der Handwerks- und Heimindustrie auch weiterhin Fortschritte machen wird.

Z. LEDER: DIE „AMERIKANISIERUNG“ DER EURO- PÄISCHEN ARBEITERBEWEGUNG*

Neuerdings beginnt man viel von der „Amerikanisierung“ der europäischen Arbeiterbewegung zu reden und zu schreiben. Auch das letzte, das Februarplenum des EKKI, hat auf Versuche solch einer Amerikanisierung hingewiesen. Auf diesem Plenum wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, daß in nächster Zukunft der Versuch gemacht werden wird, die amerikanischen Methoden nach allen Ländern mit hoch entwickelter Arbeiterbewegung zu verpflanzen. Hätte man damals vielleicht einige Zweifel darüber haben können, so legen heute die Tatsachen ein beredtes Zeugnis davon ab. Vorliegender Aufsatz hat nur die von Unternehmern nach dieser Richtung hin gemachten Versuche zum Gegenstand; auf ähnliche Bestrebungen seitens reformistischer Arbeiterführer wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen, oder werden sie höchstens ganz flüchtig streifen. Wir werden zu diesem Zwecke das — wenig umfangreiche — Material verwerten, das in den letzten 3 Nummern der hier genannten Zeitschriften dreier Länder, Amerika, England, Deutschland, enthalten ist.

I.

Die amerikanische Zeitschrift „Labor Age“, die von einer Gruppe „internationaler“, Gebiets- und Orts-Gewerkschaftsorganisationen herausgegeben wird, widmet in ihrer letzten (August-) Nummer ganze drei Aufsätze der Frage des „Company Unionismus“, d. h. den Versuchen der amerikanischen Kapitalisten, in ihren Betrieben Organisationen zu schaffen, die unter gewerkschaftlicher Maske in Wirklichkeit ein Werkzeug der Vernechtung und der erhöhten Ausbeutung der Arbeiter sein sollen. Von besonderem Interesse sind die Mitteilungen der Zeitschrift über eine solche Organisation in der „Interborough Rapid Transit Co.“, New York. Ihre Entstehungsgeschichte ist ziemlich charakteristisch: die Unternehmer organisierten sie unter dem Namen „Brotherhood“ („Bruderschaft“, wie sich in Amerika Gewerkschaften oft nennen) bereits im Jahre 1916, um die Gewerkschaft zu sprengen, der ihre Angestellten angehörten. Im Jahre 1918 fand ein provokatorischer Streik statt. Seither aber herrscht Friede im Betrieb und dem Unternehmer ein Wohlgefallen: wenn ein Arbeiter oder Angestellter den Mund aufatmet, um eine Lohnerhöhung zu erbitten, so beschloß die Mehrheit des „General Committee“ (Generalkomitee), Kreaturen der Direktion, daß Bescheidenheit die größte Zier der Arbeitnehmer sei. So kam es, daß die Wagenführer und Schaffner der Gesellschaft die elendesten Löhne erhielten (32 Dollar 48 Cents Wochenlohn im ersten Jahr, steigend bis 49 Dollar 92 Cents nach 6 Jahren Arbeit) und dabei die ganze Woche hindurch, ohne Ruhetag, arbeiten und oft 3—4 Ueberstunden leisten mußten. Bei ihrer Einstellung in den Dienst der Gesellschaft mußten sie sich schriftlich verpflichten, der „Bruderschaft“ beizutreten, vor Verlassen des Dienstes nicht auszutreten und keinerlei Verbindung mit den Gewerkschaften der Straßenbahn- und Elektro-Eisenbahn-Angestellten anzuknüpfen. Die Verletzung der übernommenen Verpflichtungen, mit den Mitgliedern der „Bruderschaft“ gute Kameradschaft zu halten, ist laut diesem Dokument ein genügender Grund für die Entlassung des Angestellten oder Arbeiters! Doch weder die schamlose Ausbeutung der Angestellten durch die Gesellschaft noch der Druck, der auf sie mittels der „Company Union“ ausgeübt wird, hindert die „parteilose“ Presse, wie z. B. die „New York Times“, an der Behauptung, daß auf der New Yorker Untergrundbahn die Arbeiter und Angestellten im Genuß einer weitgehenden „Selbstverwaltung“ seien, daß sie „sich an der Verwaltung des Betriebes beteiligen“ und daß zwischen ihnen und den Unternehmern „eine allseitige und freie Erörterung sämtlicher Streitfragen“ möglich ist.

Auf der New Yorker Eisenbahn haben die Kapitalisten am Ende kein Glück gehabt: im Juli haben 750 Wagenführer die Arbeit niedergelegt und bald darauf einen selbständigen Arbeiterverband gegründet, dem rund 1600 Arbeiter beigetreten sind. Und doch waren es

* „Labor Age“, 1. August, „The Labour Magazine“, August, „Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr“, Juli.

noch vor kurzem „zuverlässige“ Leute, mit deren Hilfe der Chef der „Interborough Rapid Transit Co.“, Herr Frank Hedley, im Jahre 1916 den Streik der Angestellten zum Scheitern gebracht hat.

Der Klassenkampf läßt sich eben durch den Schlagbaum der „Company Unions“ nicht aufhalten!

II.

Doch die Kapitalistenklasse ist bestrebt, auch im „alten“ Europa „moderne“, amerikanische Methoden der Arbeiterunterdrückung einzuführen. Die Augustnummer der Zeitschrift „The Labour Magazine“, Organ der englischen Gewerkschaften und der Labour Party, berichtet über „Missionäre“ des mächtigen amerikanischen Unternehmerverbandes „National Association of Manufactures“, die in England das neue Evangelium der „Company Unions“ predigen. Der in der gleichen Nummer der Zeitschrift veröffentlichte Aufsatz von Herbert Tracly zeigt, daß diese Propaganda günstigen Boden findet. Auf Grund der vor kurzem erschienenen Broschüre „The future of British Industrial and Trade Unionism“ („Die Zukunft der britischen Industrie und der Trade-Unionismus“), mit einem Geleitwort des ehemaligen Vorsitzenden des Verbandes Britischer Industrieller, Oberst Vernon Willey, teilt der Verfasser folgenden interessanten Versuch der Verpflanzung des „Company Unionismus“ nach England mit, der eine unmittelbare Folge des Generalstreiks ist. Ein gewisser John Dickenson, Inhaber einer großen Papierfirma, erklärte nach diesem Streik, daß angesichts der „Illoyalität“ einiger Gewerkschaften, deren Mitglieder „seine“ Arbeiter sind, er in der Zukunft die Trade Unions nicht mehr anerkennen, sondern an ihrer Statt eine „Union of the House of Dickinson“ („Union des Hauses Dickinson“) gründet. Das „Manifest“, das das Haupt des „Hauses“ an seine „getreuen Untertanen“ zur Kenntnisnahme und Befolgung richtet, enthält eine Darlegung der Grundlagen „der Union“ sowie das Statut derselben, dessen Bestimmungen für die Tätigkeit der zukünftigen Prätorianergarde des „Hauses Dickinson“ maßgebend sein soll. Mitglieder der „Union des Hauses Dickinson“ sind laut Statut alle Direktoren, Angestellten und Arbeiter des Betriebes. Arbeitslohn und Arbeitszeit richten sich nach den Gewerkschaftsnormen. Es wird Kranken-, Alters- und Invalidenunterstützung zugesichert, auch Urlaub, Gelegenheit zur Erholung und Unterhaltung, die Möglichkeit beruflicher Fortbildung und was dergleichen schöne Dinge noch mehr sind. Ein spezieller Paragraph aber lautet: „Weder Streiks noch Lockouts von Mitgliedern der Union des Hauses Dickinson sind zulässig.“

Hier liegt der Hund begraben! Das „Haus Dickinson“ möchte sich selbst um den Preis sozialer Zugeständnisse, wie sie als Resultat der gewerkschaftlichen Tätigkeit in dessen Industriezweig üblich sind, den „sozialen Frieden“ sichern. Das „Haus“ ist zu allen Opfern bereit, wenn die Arbeiter nur nicht streiken, wenn sie nur ihr proletarisches Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen. Nicht ohne Grund behauptet Tracly, daß Herr Dickinson bestrebt ist, durch sein „Manifest“ „seine“ Arbeiter und Angestellten den gewöhnlichen „Blacklegs“ („Schwarzbeinen“) gleichzustellen (so werden in England die Streikbrecher genannt), die die Früchte des Kampfes und der Tätigkeit der Gewerkschaften zwar genießen, aber in diesem Kampfe keine Opfer bringen, diese Tätigkeit nicht unterstützen, sondern im Gegenteil, sie auf jegliche Weise sabotieren.

III.

In Deutschland sind Versuche zur Gründung von „Company Unions“ nichts Neues mehr. Die „Gelben Gewerkschaften“ und „Werkgemeinschaften“ wurden hier schon zu Lebzeiten des seligen Freiherrn von Stumm gepflegt, der in seinen feudalen Besitztümern von Gewerkschaften, um so mehr von sozialdemokratischen, nichts wissen wollte. Seither sind aber viele Jahre ins Land gegangen, gar manches hat sich geändert und die Herren Sozialdemokraten haben sich aus „Vaterlandsfeinden“, aus Verrätern an der feudalen Monarchie des Freiherrn von Stumm und des „angestammten Herrschers“, Wilhelm von Hohenzollern, zu Rettern der Stinnes- und Thyssen-„Republik“ durchgemausert. Doch die schöne Zeit der „Arbeitsgemeinschaft“, als Borsig und Stinnes an einem Tisch mit Legien und Leipart saßen, ist verflogen. Es ist die Zeit des Dawesplanes, der „Sanierung“krise und der Amerikanisierung der deutschen Volkswirtschaft gekommen. Die Herren Kapitalisten haben begonnen, nach Amerika, nach den „Company Unions“ hinüberzuschielen, und lassen die „Werkgemeinschaften“ ihre Auferstehung feiern. Bereits im Jahre 1925 war die Lage eine so ernste, daß die „freien“ Gewerkschaften auf ihrer Breslauer Tagung es für „notwendig“ erachtet haben, im Namen des berühmten „Mitbestimmungsrechts“ gegen die Versuche der Unternehmer zu protestieren, die durch Entgegensetzung der Werks- und Betriebs-

gemeinschaften einerseits und Gewerkschaften andererseits in das Kompetenzbereich dieser letzteren in bezug auf Bestimmung der Arbeitsbedingungen eindringen wollen. Die Herren Reformisten sind für eine „Einheitsfront“ mit den Kapitalisten, jedoch von oben, nicht von unten! Sie haben so unrecht nicht, wenn sie befürchten, daß die Massen dank ihrer reformistischen Erziehung eines schönen Tages sich den Kapitalisten in die Arme werfen werden, ohne zu verstehen, warum es besser sei, mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten an die Kapitalisten verkauft zu sein, als wenn sie der Arbeiterklasse zum direkten Nutzen ihrer eigenen Gruppe in den Rücken fallen.

Die Herren Reformisten erheben Protest, die Kapitalisten scheren sich aber den Teufel drum und tun, was ihnen gut dünkt. Die letzte uns zugegangene Nummer der „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“, Organ der Industrie- und Handelskammern von Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel und Essen, ist speziell der Frage der Arbeitsgemeinschaft gewidmet. Zu dieser Frage äußern sich Vertreter und Diener der schweren Industrie, Vertreter christlicher, demokratischer und sozialdemokratischer Gewerkschaften und Vertreter der „neutralen“ Macht, der bürgerlichen Wissenschaft. Die Herren Kapitalisten lassen sich dadurch nicht verdrießen, daß der Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Nörpel, sich ziemlich schroff und ablehnend gegen ihr Beginnen ausspricht und selbst davor nicht zurückscheut, sie der Unaufrichtigkeit und Heuchelei zu zeihen. Sie, die Kapitalisten, meinen ganz richtig: Kommt Zeit, kommt Rat. Der Sozialdemokrat protestiert so „energisch“, damit er nachher mit um so größerem „Anstand“ kapitulieren kann. Sie reden von „psychologischen Hemmungen“ und wissen, daß Krise, Arbeitslosigkeit und immer steigender Klassendruck ihre Wirkung auf die Sozialdemokraten nicht verfehlen werden. Und in ihrer Uebersicht der von ihr veröffentlichten Zuschriften kommt die Redaktion, gerade auf Grund der Erklärungen der Gewerkschaftsvertreter, zu dem Schluß, daß „der Gedanke der Betriebsgemeinschaften auch im Bewußtsein der Arbeiterschaft tiefere Wurzeln geschlagen hat, als dies auf den ersten Anschein hin, namentlich auf Grund der Nörpelschen Ausführungen, angenommen werden kann“.

Die Vertreter des Rhein- und Ruhrkapitals haben zweifellos recht, insofern es sich um jene Arbeiterkreise handelt, deren politisches und soziales Sprachrohr bislang immer noch die Gewerkschaftsbürokratie ist. Auch bei der Erörterung dieser Frage hat einer ihrer Vertreter, der Redakteur des „christlichen“ Metallarbeiterverbands-Organs, Wieber, es nicht unterlassen, auf das „geschichtliche“ Verdienst der Gewerkschaften hinzuweisen — dieses Verdienst besteht aber darin, daß ohne ihr Zutun die deutsche Revolution in „russisches Chaos, Zügellosigkeit, stärkere wirtschaftliche Störungen“ ausgeartet wäre. Selbst der Sozialdemokrat Nörpel, der eine in diesem Fall nur selten gebrauchte Tonart angeschlagen hat, ist nicht imstande, dem „Sturm und Drang“ der Kapitalisten etwas anderes entgegenzustellen als ein jämmerliches Wimmern, konfuse Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften“, kindliches Gestammel darüber, daß die Kapitalisten gegen die Gewerkschaften Sabotage und Erpressung anwenden. Das stimmt wohl, aber die Kapitalisten lassen sich darüber keine grauen Haare wachsen und tun, was ihnen paßt. Nörpel führt eine scharfe Sprache, weil er seine und seiner Freunde bevorstehende Kapitulation maskieren will

Was ist der eigentliche Kern der kapitalistischen Bestrebungen? Sie zielen darauf ab, wenn nicht an Stelle der Gewerkschaften — da die Zeit dazu noch nicht gekommen ist und noch kein Bedürfnis danach besteht — so doch neben ihnen die „Company Unions“, die Werks- und Betriebsgemeinschaften zu setzen. Diese sind bestimmt, eine Feste des „sozialen Friedens“ zu sein, jener Felsen, an dem alle Versuche, den frischen Luftzug des Klassenkampfes durch den Betrieb wehen zu lassen, zerschellen sollen; sie sind gedacht als ein Werkzeug zur Unschädlichmachung aller zentralen Abmachungen mit den Gewerkschaften durch „Anpassung“ an die „Besonderheiten“ des Betriebes und zur Beseitigung aller Bestimmungen aus den Verträgen, die vom Standpunkte des Unternehmers seinem Betrieb schädlich sein könnten. Ein großzügiges, wohldurchdachtes, logisch streng aufgebautes Programm, das konsequent das Prinzip befolgt: will man mit Amerika auf dem Weltmarkt konkurrieren können, so muß man es Amerika in allen Stücken nachtun. Und die Kapitalisten geben sich dazu die erdenklichste Mühe.

ALBERT TREINT:

JOSEPH CAILLAUX, WOHIN GEHT FRANKREICH — WOHIN GEHT EUROPA?

Herr Joseph Caillaux hat am 25. April sein vor drei Jahren unter dem Titel: „Wohin geht Frankreich, wohin geht Europa?“ erschienenes Buch neu herausgegeben und durch ein Vorwort, das zur Verjüngung des Buches dienen soll, ergänzt.

Man kann die Werke eines Politikers nicht bewerten, ohne ihn selbst zu kennen. Ein Sprößling einer Großbourgeoisfamilie von Mamers, hat Caillaux seine Karriere in der Finanzverwaltung gemacht.

Von 1899 bis 1902 war er Finanzminister im „großen Kabinett“ Waldeck-Rousseau, das den Arbeitern die Organisationsfreiheit erhielt und sich bemühte, die Bewegung in das System der bürgerlich-demokratischen Republik einzufügen.

1911 übernimmt Caillaux die Regierungsbildung. Großer Sturm in der auswärtigen Politik! Das imperialistische Frankreich erhielt nach langem Kuhhandeln mit den anderen imperialistischen Großmächten, außer Deutschland, freie Hand in Marokko und schickte sich an, seine Beute zu ergreifen. Deutschland trat als Störenfried auf und verlangte seinen Teil. Es folgte Agadir.

Caillaux einigte sich mit Deutschland und überließ ihm gegen Marokko einen Teil des französischen Kongo. Auf Grund dieses Kompromisses wurde der imperialistische Frieden provisorisch erhalten. Caillaux aber trug es den Haß der großen Magnaten der Schwerindustrie ein, die mit Ungeduld den frisch-fröhlichen Krieg herbeiwünschten. Andererseits verließ es Caillaux in den Augen der Arbeiter- und Bauernmassen den Nimbus eines Pazifisten und erweckte Illusionen, die noch immer nicht ganz zerronnen sind.

Weil er vom Standpunkte der Interessen der Großbourgeoisie und ihres sozialen Regimes dem Frieden schüchtern zugelächelt hatte, wurde Caillaux von Clémenceau eingekerkert, gerichtet, verurteilt und verbannt.

Dies wiederum gestattete Caillaux, die durch seine Agadirpolitik in den Arbeitermassen geweckten Illusionen zu verstärken.

Im vorigen Jahre berief die Großbourgeoisie, bedroht durch die sich vertiefende finanzielle, wirtschaftliche, politische und soziale Krise, die sie nicht vollständig zu beherrschen vermochte, Caillaux wieder ins Amt. Er wurde Finanzminister in der Regierung Painlevé.

Nachdem Caillaux, das wirkliche Haupt der Regierung Briand, deren Vizepräsident er war, der reaktionärsten Fraktion des Großkapitals die Wege geebnet hatte, wurde er gestürzt; die radikale Regierung, die er gebildet hatte, war gewissen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüssen unterworfen und ließ den großen Arbeitgebern die Hände für den Kampf gegen das Proletariat, gegen alle Kategorien der Angestellten und gegen die Bauern nicht genügend frei.

*

Das Buch von Caillaux „Wohin geht Frankreich, wohin geht Europa?“ richtet sich gegen die Kommunisten und gegen jene, die Caillaux „Plutokraten“ nennen. Es handelt sich um die großen Magnaten der Schwerindustrie.

Von welchem Standpunkte aus führt Caillaux seinen Kampf? Die vorübergehenden Differenzen zwischen Caillaux und dem Bankier Finaly im Zusammenhang mit gewissen Spekulationen, die letzterer in Voraussicht einer Vermögensabgabe plante, dürfen keine Illusionen erwecken. Caillaux ist der Mann der großen Banken.

Der Prozeß der Vertrustung und der Rationalisierung der Produktion ist in Frankreich viel weniger fortgeschritten als in den Vereinigten Staaten oder Deutschland, besonders was die vertikalen Trusts betrifft. Die Schwerindustrie und die verarbeitende Industrie stehen miteinander im Kampfe. Jede nimmt in jeder Branche die Vertrustung und die Rationalisierung unter die eigene Hegemonie.

In Frankreich sind Bankkapital und Industriekapital noch nicht eng vereinigt. Es gibt eine ganze Gruppe von Banken, die von der Industrie ziemlich unabhängig (Comptoir d'Escompte, Crédit Lyonnais, Société Générale, usw.) und mit der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie verbunden sind. Es ist dies die Gruppe der Depositen- und Diskontbanken.

Selbst in den andern Gruppen, die mit den großen Industrieunternehmen schon mehr zu tun haben, gibt es wenige Kreditinstitute, die mit einer einzigen Gruppe industrieller Unternehmen fest verbunden wären. Es gibt auch wenige Bankengruppen, die sehr große industrielle Gruppen vollständig beherrschen würden.

Kraft ihrer ganzen Vorkriegstraditionen, die auch nach dem Kriege ziemlich weitgehend fortgesetzt wurden, bringt die französische Bank einen bedeutenden Teil ihrer Kapitalien in Europa unter. Sie strebt gleichzeitig nach der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und nach der Hegemonie in der ganzen inländischen Industrie.

Darum bekämpft die Gesamtheit des Bankkapitals die Schwerindustrie und verbündet sich mit der verarbeitenden Industrie; darum versucht sie in diesem Kampfe die Arbeiter-, Bauern- und Kleinbürgermassen sich nutzbar zu machen, indem sie diesen die Illusion einer wirklichen politischen und wirtschaftlichen Demokratie als im kapitalistischen Regime möglich vorspiegelt. Die verarbeitende Industrie — eingeeengt auf der einen Seite von der Schwerindustrie, die ihr die Rohstoffe liefert, und auf der anderen Seite von den Bedürfnissen des konsumierenden Marktes — spielt mit dem Reformismus, um die Forderungen der Arbeiterschaft einzuschläfern, sucht Ausgänge nach dem Weltmarkt und in erster Linie nach dem europäischen Markt und sucht auch Verständigung mit den gleichartigen Gruppen des übrigen Europa.

Es ist kein Zufall, daß beide, Loucheur und Caillaux, im Linksblock waren, daß sie beide gegen den engstirnigen Nationalismus der großen modernen Feudalherren wettern und eine europäische Zollunion, den Zusammenschluß der europäischen Industrien fordern.

Dieser innere Zwiespalt des Kapitalismus, über den das Caillaux'sche Buch wertvolle Angaben liefert, hindert die Herren Kapitalisten keineswegs daran, sich in kritischen Situationen gegen das Proletariat, die Bauern und die werktätigen Massen überhaupt zu einem Block zusammenzuschließen.

•

Caillaux ist ein energischer Antikommunist, obwohl er natürlich nichts von Kommunismus, nichts vom sozialistischen Aufbauprozeß in der USSR versteht.

Er interpretiert die Nep als eine Rückkehr zum Kapitalismus, als eine Kapitulation und als einen Beweis des Bankrotts des Bolschewismus in der USSR.

Er stellt sich vor, daß der Bolschewismus unter dem Druck der gesamten, der reichen wie der armen Bauernschaft, degeneriert und zum Kapitalismus zurückkehrt.

Caillaux behauptet, es wäre möglich, gegen das industrielle Großkapital siegreich anzukämpfen, ohne das kapitalistische Privateigentum anzutasten. Er predigt die industrielle Demokratie, in der Kapital und Arbeit zusammenarbeiten, und die geeignet wäre, die bürgerliche politische Demokratie weiterzuführen und zu vollenden in einer sozialen Demokratie, in der alle Klassen verschwinden.

Beim Lesen des Caillaux'schen Buches ist es ganz frappant, zu sehen, wie die ultralinken Strömungen à la Ruth Fischer-Maslow-Korsch einerseits und die sozialdemokratischen Strömungen andererseits in der Richtung der Ideologie des bürgerlichen Radikalismus konvergieren.

•

In seiner Kritik der „Plutokraten“ wirft Caillaux ein blendendes Licht auf die bald brutalen bald subtilen Methoden, durch die sich das Kapital der Presse, der öffentlichen Meinung, des Parlaments und der Regierung bemächtigt. Ein Kommunist kann nur gewinnen, wenn er die Streitigkeiten der Großbourgeois mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Caillaux zeigt auch sehr gut, worauf die Größe des kapitalistischen Europa in der Vorkriegszeit beruhte, wodurch sie sich vielleicht für eine gewisse Zeit wiederaufbauen könnte, und auf welcher Ausbeutung der übrigen Welt der Reformismus beruht.

Hier muß zitiert werden:

„Weder die Führer noch die Völker konnten in der Tat begreifen, daß — mögen die Rassenunterschiede sein, wie sie wollen — Europa doch ein Ganzes bildet; daß es

von seiner Einheit, von der Kohäsion lebt, die sich allem Anschein zum Trotz herausgebildet hatte; ebensowenig hatte man begriffen, daß das Gleichgewicht der Klassen auf der Beherrschung der Welt beruht und daß, verhindere man den brutalen Unfall eines Krieges nicht, diese Herrschaft zu Staub zerfällt und auf dem gesamten alten Kontinent scharfe, oft blutige Gegensätze zwischen Volk und Volk, innere Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, zwischen Stadt- und Landvolk plötzlich zum Ausbruch kommen würden und man in eine Epoche des frenetischen Hasses, der sporadischen Gewalttätigkeit, der leidenschaftlichen Konflikte einträte.“

*

Um das sich zersetzende Europa zu erhalten, benötigt man also eine Union gegen die Kolonien, muß man die Arbeiter und Arbeitgeber zur Zusammenarbeit in Frankreich (nationale Einheit) und in Europa (kontinentale Einheit) aufrufen.

Der nationale Staat muß die sich auf demokratischem Wege Ausdruck verschaffenden wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen, aber gleichzeitig auch beherrschen und miteinander in Einklang bringen. Bedingung der demokratischen Willensäußerung ist das Sicheinfügen in dieses System. Jedenfalls ist die Elite, die das will, zu sammeln, um im Bedarfsfalle durch sie die notwendigen Lösungen aufzuzwingen.

Hier streift der bürgerliche Demokrat die faschistische Ideologie.

Caillaux und Loucheur vertreten neben den kleinbürgerlichen Strömungen auch die Strömungen der französischen und europäischen Großbourgeoisie, die das kapitalistische Europa organisieren und koalieren wollen nicht nur gegen Sowjetrußland, gegen die Kolonialvölker, gegen die arbeitenden Massen Europas und gegen den Kommunismus, sondern auch noch gegen die gefährliche Konkurrenz des amerikanischen Imperialismus.

Caillaux stellt das verfallende Europa den in voller Entwicklung begriffenen Vereinigten Staaten gegenüber.

Man kann über die Möglichkeit einer solchen Koalition, einer solchen Organisation des kapitalistischen Europas diskutieren. Heute, da die Hauptlinie der inneren Gegensätze des Kapitalismus nicht mehr im Innern Europas, sondern zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und dem Anglo-Europäischen System andererseits verläuft, ist es möglich, daß eine europäische Koalition, einstmals der Traum der Kleinbürger und der opportunistischen Sozialdemokraten — jetzt den Bedürfnissen des Kampfes der großen europäischen Imperialisten entspricht.

Sicher ist aber, daß das Proletariat und der einzige Verteidiger seiner Interessen, der Kommunismus, gegen die Drohung einer solchen europäischen Koalition ankämpfen muß.

Der Idee der kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa müssen wir die Parole der Vereinigten Staaten des sozialistischen Europas entgegensetzen.

P. K.:

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN AMERIKA UND CHINA*

Die stürmische Entwicklung, die die Ereignisse des vergangenen Jahres in Schanghai und in ganz China genommen haben, haben sämtliche Schichten der Bevölkerung der kapitalistischen Länder zum Nachdenken gezwungen. Lebhaft interessierten sich für diese Vorgänge die „Yankees“ von Baltimore. Auf die Initiative einer einflußreichen, mit China gewisse Beziehungen unterhaltenden Gruppe, wurde eine spezielle Konferenz einberufen, die in breiter Debatte zur chinesischen Frage Stellung nahm.

Die Konferenz, an der vorwiegend Vertreter der Handels- und Industriewelt teilnahmen, fand in der hiesigen Universität statt. Die Referate wurden von Professoren, Missionären,

* Bericht von der Konferenz der John-Hopkins-Universität vom 17. bis 20. September 1925. Baltimore, 1925, 198 Seiten.

Vertretern des chinesischen diplomatischen Korps und einer ganzen Reihe anderer, seit Jahren in China ansässiger Leute, gehalten.

Die Tagesordnung war ziemlich umfangreich. Unter anderem enthielt sie auch einen Punkt über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China.

Das besprochene Buch stellt einen ziemlich ausführlichen Bericht über diese Konferenz dar und bringt viel wertvolles Material über die Fragen der Wirtschaft, der Politik sowie des Kampfes der verschiedenen imperialistischen Gruppen in China.

Wir können in dieser kurzen Besprechung nicht auf alle, vom informatorischen Standpunkt aus ziemlich interessanten Referate eingehen. Wir bemerken lediglich, daß die Mehrheit der Referenten bei der Besprechung des Punktes über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China die Lauterkeit der Absichten der Sowjetunion zugeben mußten. Ganz besonders wurde das durch den chinesischen Referenten betont.

So z. B. führte der Vorsitzende des „Nationalverbandes für fortschrittliche Erziehung der chinesischen Jugend“, Dr. Ping Wen-kuo, wortwörtlich folgendes aus:

„Die Politik der Sowjetunion in China ist eine gänzlich verschiedene von der Politik der anderen Mächte. Die Sowjetunion hat einen tiefen Eindruck auf das chinesische Volk gemacht und die Mehrheit der chinesischen Schichten ist überzeugt, daß die Russen nach China mit offenem Herzen („with a converted heart“) gekommen sind.“

Natürlich konnten nicht alle Redner an sich halten. Viele versuchten, gegen die Sowjetunion ausfällig zu werden, deren Tätigkeit in China zu verdächtigen und lediglich Amerika als den „einzig selbstlosen Freund des chinesischen Volkes“ hinzustellen. Es ist darum bezeichnend, daß der bereits erwähnte Dr. Ping Wen-kuo in seinem Referat über die allgemeine Lage in China u. a. folgendes bemerkte:

„Ich fühle das Bedürfnis, auszusprechen, und bin überzeugt, das Empfinden meines Volkes zum Ausdruck zu bringen, wenn ich sage, daß wir Chinesen ernsthafte Hoffnungen hegen, daß die in Worten bewiesene Sympathie Amerikas gegenüber China endlich irgendeine konkrete Form wirksamer Hilfe annehmen möge“

Des weiteren war dieser feurige chinesische Amerikafreund gezwungen, zu erklären, daß die führenden chinesischen Gesellschaftskreise von Amerika nicht schöne Worte für China erwarten, mit denen China jetzt von Amerika gefüttert wird, sondern Taten.

Der Bericht über diese Konferenz bringt eine Menge interessanten Tatsachenmaterials. Wir verweisen darum den Leser auf das Buch selbst.

P. K.:

M. KHAN FATCH, DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN PERSIEN*

Jeder, der sich für das Ostproblem und insbesondere für die Frage des Zentralostens interessiert, wird in diesem Buch, das die Wirtschaft des modernen Persiens behandelt, wertvolles Material vorfinden. Das Zahlenmaterial ist stellenweise bis 1924 zusammengestellt.

Jedoch sind diese Angaben über die wirtschaftliche Lage Persiens und seine materiellen Hilfsquellen keine ganz genaue Charakteristik des heutigen Persiens. Sind doch in den letzten zwei Jahren gewaltige Veränderungen in der Agrarwirtschaft Persiens eingetreten, durch die eine Konzentrierung des Eigentums an Grund und Boden in den Händen der persischen Kaufleute erfolgte. An die Stelle der primitiven Form der Bodenbearbeitung sind auf diese Weise die neuen Methoden der modernen Technik getreten.

Des weiteren haben wir in den Städten ein gewaltiges Wachstum der Fabriken und Betriebe (Streichholzfabriken Textilfabriken, Seidenspinnereien usw.) zu verzeichnen, in denen bis zu 100 und mehr Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind.

Diese Erscheinung der letzten beiden Jahre wurde in der Presse bis jetzt fast noch nirgends gewürdigt. In dem besprochenen Buch, das 1926 erschienen ist, finden wir kein

Wort über das Wachstum der Industriebetriebe in Persien oder über den Uebergang des flachen Landes in Persien zu den modernen Formen der Bodenbearbeitung.

Dieses Buch, das ein Ersatz sein soll für die Wirtschaftsgeographie des modernen Persiens, geht mit keinem Wort ein auf die Formen des Besitzes an Grund und Boden, die zahlenmäßige Stärke der Bauernschaft, den Landhunger und den Froncharakter der Bauernarbeit, sowie die auf dem flachen Lande herrschende Ausbeutung, die der unglückliche persische Kleinpächter mit eiserner Faust zu fühlen bekommt.

Die Petroleumfrage wird oberflächlich, einseitig und in äußerst englandfreundlichem Sinne behandelt.

Auf die Frage des Baues von Eisenbahnen, an die die persische Regierung jetzt herantritt, geht der Verfasser überhaupt nicht ein. Dabei aber bedeutet das geplante Eisenbahnnetz für die Wirtschaft Persiens den Beginn einer neuen Aera, da diese Wirtschaft bis jetzt, wenn man die Schmalspurbahn Disulfa-Täbris mit einer Länge von 250 Kilometern außer Betracht läßt, fast überhaupt keine Eisenbahnen besaß.

Ungeachtet der erwähnten Mängel ist das Buch für den Leser, der erstmals die Länder des mittleren Ostens kennen zu lernen wünscht, ein Orientierungsbehelf in den Grundzügen der wirtschaftlichen Lage dieses, vom englischen Kapital unterjochten Landes.

* London, 1926, 102 Seiten.

REDNER DER REVOLUTION

Band I:

MAXIMILIAN ROBESPIERRE. Mit historischer Einleitung von Valeriu Marcu

Band II:

LASSALLE. Mit einem Vorwort von Jakob Altmeier

Band III:

ST. JUST. Mit historischer Einführung

Band IV:

ANTOINE QUENTIN FOUQUIER TINVILLE, dem öffentlichen Ankläger der französischen Revolution

Band V:

WILHELM LIEBKNECHT. Nebst biographischer Einleitung von Jakob Altmeier

In Vorbereitung:

Band VI:

THOMAS MÜNZER. Herausgegeben und eingeleitet von Dr. Paul Friedländer

Band VII:

MARAT. Mit historischer Einführung von Valeriu Marcu

Band VIII:

GEORG BÜCHNERS AUFRUF: „FRIEDE DEN HÜTTEN, KAMPF DEN PALÄSTEN!“ Mit biographisch-historischer Skizze von Gerhart Pohl

Band IX:

MICHAEL BAKUNIN. Mit Einleitung von Fritz Brupbacher

Band X:

AUGUST BEBEL. Mit Einleitung von Kurt Kersten

Band XI:

KARL LIEBKNECHT. Mit Einleitung von W. Münzenberg

Die Serie wird fortgesetzt

Stark kartonierte Geschenkausgabe je 1,— RM.

NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN NW 7